ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

«KEIN GRUND, HYSTERISCH ZU WERDEN»

Mythen und Fakten zu Sexismus

luxemburg argumente

Feministische und queere Kämpfe haben viel erreicht. Noch bis 1977 brauchten Frauen die Erlaubnis ihres Ehepartners, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollten, und Vergewaltigungen in der Ehe waren bis 1997 straffrei. Homosexuelle Beziehungen wiederum waren bis 1994 ein Straftatbestand, geschlechtsangleichende Operationen nach der Geburt noch bis 2021 Routine. Dass all das heute nicht mehr so ist, sind Meilensteine in der Geschichte von Emanzipationskämpfen. Für alle, die auf die eine oder andere Art unter patriarchalen Geschlechterverhältnissen leiden, machen sie einen riesigen Unterschied.

Dennoch spielt Sexismus weiterhin eine Rolle in unserem Alltag. Sexismus, also die Benachteiligung und Abwertung aufgrund von Geschlecht, sexueller oder geschlechtlicher Identität, hat viele Gesichter: Er kann als blöder Witz daherkommen oder als beschämende Beleidigung. Struktureller Sexismus schlägt sich darin nieder, dass Frauen weniger verdienen und seltener Führungspositionen besetzen. Sexismus heißt aber auch, dass queere Jugendliche oft schmerzhafte Erfahrungen machen müssen, um ihre sexuellen Bedürfnisse frei entdecken und leben zu können, und dass trans* Personen von rechten Kräften zur Bedrohung für Familie, Kinder und «unser aller Sicherheit» stilisiert werden.

Oft sind es Menschen, die sich verletzend verhalten. Aber immer sind es gesellschaftliche Verhältnisse, ökonomische Strukturen und kulturelle Normen, die solche Verhaltensweisen anleiten. Sich gegen Sexismus einzusetzen heißt also gerade nicht, Leuten den Mund zu verbieten, wie oft behauptet wird. Im Gegenteil: Es bedeutet, sich dafür einzusetzen, dass sich die Verhältnisse ändern – gerade dort, wo starre Geschlechterrollen und -hierarchien auch den heutigen Kapitalismus stützen.

Diese Broschüre will die verschiedenen Facetten sexistischen Verhaltens und sexistischer Verhältnisse unter die Lupe nehmen. Sie greift Redensarten auf, wie sie uns häufig im Alltag, im Fernsehen oder auch in den Sozialen Medien begegnen. Anschließend werden diese Mythen über die Rolle von Geschlecht in unserer Gesellschaft auf ihren Wahrheitsgehalt abgeklopft und mit Hintergrundwissen angereichert – als Argumentationshilfe für Gespräche mit Freund*innen und in der Familie oder für die politische Arbeit.

INHALT

1 «Gendern ist woke Sprachpolizei» 2

2 «Wir müssen unsere Frauen vor fremden Tätern schützen» 8

3 «#MeToo hat eine Hexenjagd ausgelöst» 13

4 «Abtreibungen sind Mord!» 16

5 «Echte Männer weinen nicht» 22

6 «Echte Frauen wollen ‹Tradwives› sein» 26

7 «Es gibt nur zwei Geschlechter» 30

8 «Selbst schuld, wenn du einen kurzen Rock trägst!» 34

9 «Wenn Frauen wollen, schaffen sie alles!» 37

10 «Wer für Frauenrechte ist, kann nicht sexistisch sein» 42

1

«GENDERN IST WOKE SPRACHPOLIZEI»

«Identitätspolitik, Cancel-Culture, Gendersprache und Wokeness spalten unsere Gesellschaft […]. Wir wehren uns gegen den ideologischen Umbau unserer Gesellschaft.»
Wahlprogramm CSU, 2025, S. 21

Wie wird argumentiert?

Früher hätten sich soziale Bewegungen noch für den «kleinen Mann» und dessen Anliegen eingesetzt. Heute gehe es nur noch um Sprach- und Identitätspolitik.

Schuld daran sei eine akademische Elite, die Probleme sehe, wo keine seien. In unserer Sprache zum Beispiel. Diese Elite würde allen Menschen ihre «woke» Ideologie aufzwingen und
2 ihnen vorschreiben, wie sie zu sprechen und sich zu verhalten hätten. Gegen diese Vorschriften und Verbote müsse sich die «normale» Mehrheit endlich zur Wehr setzen. Deshalb sei es besonders wichtig, dass staatliche Einrichtungen wie zum Beispiel Schulen weiterhin Einrichtungen von «normalen» Menschen für «normale» Menschen bleiben würden.

Was ist dran?

Die Sensibilität bezüglich Sprache hat in den letzten Jahren zugenommen, das stimmt. Doch die Behauptung, dass die Anliegen des viel zitierten «kleinen Mannes» dabei zu kurz kommen würden, ist ein Beispiel dafür, warum diese Sensibilität angebracht und wichtig ist. Denn soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten waren noch nie nur die Probleme des «kleinen Mannes», sondern waren immer auch die von Frauen.

Der internationale Frauenkampftag wurde in Deutschland erstmals 1911 gefeiert. Mitinitiatorin war Clara Zetkin (1857–1933), eine der Begründerinnen der Arbeiterinnenbewegung. Ist nur von der Arbeiter- und nicht von der Arbeiter*innenbewegung die Rede, wird diese Geschichte unsichtbar gemacht und die Anliegen von Frauen gehen unter.

Sprechen wir nur vom «kleinen Mann» und *seinen* Anliegen, stellen wir damit Männer ins Zentrum und erklären sie zur Norm (= Androzentrismus). Geschlechtergerechte Sprache kann dazu beitragen, die Beschränktheit dieser Perspektive sichtbar zu machen, und dadurch Veränderungen anregen. Gleiches gilt für diskriminierungssensible Sprache. Hierbei geht es darum, die Lebenswirklichkeiten von sogenannten marginalisierten Gruppen zu berücksichtigen. Also von Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Migrationsgeschichte, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Armut, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität oder aufgrund anderer körperlicher oder psychischer Merkmale nicht der «Norm» entsprechen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. An dieser Aufzählung wird deutlich: Viele Menschen gehören auf die eine oder andere Weise nicht zur «Norm». Die Idee einer Norm ist selbst schon problematisch, weil sie dominante Positionen in der Gesellschaft als «normal» darstellt.

Nun könnte man argumentieren, dass nicht Begriffe die Basis und Ursache von Ungerechtigkeit sind, sondern ökonomische Zusammenhänge. Das stimmt weitgehend, aber hieraus zu schlussfolgern, dass sich alle anderen Probleme sozusagen automatisch lösen würden, wenn wir die materiellen Probleme gelöst haben, greift zu kurz. Diese Argumentation übersieht die Wechselbeziehung zwischen sozialer und ökonomischer Ungerechtigkeit.

Ein Beispiel: Zusteller*innen bei Kurier-, Express- und Paketdiensten sind überwiegend Migrant*innen. Ihre Bezahlung und ihre Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht.[1] Diese Ausbeutung wird auch dadurch möglich, dass Migrant*innen in unserer Gesellschaft als Menschen zweiter Klasse abgewertet und ausgegrenzt werden, sei es durch strukturellen Rassismus oder durch rassistische Beleidigungen. Insbesondere konservativen und rechten Parteien dienen Migrant*innen aktuell als Sündenböcke für nahezu alle Probleme in unserer Gesellschaft,[2] und das schlägt sich auch in unserer Sprache nieder.

Oder nehmen wir zum Beispiel die Wendung «Bist du behindert?!». Sie wird meistens benutzt, um einer anderen Person zu sagen, er oder sie solle sich nicht «dumm» anstellen. Das kann

Liebe Schüler!

ohne jede böse Absicht so dahingesagt sein. Und es bedeutet nicht, dass die Person – darauf angesprochen – auch zustimmen würde, dass Menschen, die mit einer Behinderung leben, tatsächlich weniger wert oder schlechter sind. Nichtsdestotrotz tradiert eine solche Art zu reden negative Vorurteile – in diesem Fall: Menschen, die mit einer Behinderung leben, haben keine Kompetenzen. Durch die Verwendung dieser Formulierung werden die Vorurteile aktualisiert und bleiben Teil unseres Alltags.

Für eine diskriminierungssensible Sprache einzutreten bedeutet also, sich für Respekt und Wertschätzung einzusetzen. Befürworter*innen dieses Ansatzes geht es im Kern darum, dass niemand verletzt und ausgegrenzt wird, es geht um Emanzipation. Sprache ist dafür ein Werkzeug, aber keinesfalls das einzige. Denn klar ist: Gesellschaftliche Verhältnisse werden nicht automatisch gerechter, nur weil sich Schreib- und Sprechweisen ändern. Firmen, die ihre Mitarbeitenden bei gleichbleibend schlechten Arbeitsbedingungen als «Reinigungskräfte» bezeichnen statt als «Putzfrau», handeln nicht emanzipatorisch, sondern reden Benachteiligungen schön, anstatt die Arbeitsbedingungen zu verbessern und höhere Löhne zu zahlen. Das Engagement für diskriminierungssensible Sprache und das Engagement für bessere Arbeitsbedingungen müssen Hand in Hand gehen (→ Mythos 10).

Es stimmt, dass diskriminierungssensible Sprache vor allem in einem akademischen Umfeld verwendet wird. Und es stimmt auch, dass dieses Umfeld elitär ist. Denn der Zugang zu akademischer Bildung ist sehr stark vom Elternhaus abhängig. Doch prominente Gegner*innen der «Wokeness» wie der Moderator Markus Lanz haben selbst einen sehr privilegierten Stand in unserer Gesellschaft. Entsprechend kann kritisch gefragt werden, weshalb sie diese Position nicht verantwortungsbewusster nutzen.

Der Begriff woke (Vergangenheitsform des Verbs aufwachen, engl. *to wake up*) hat seinen Ursprung im Nordamerika der 1930er-Jahre. Er wurde von Schwarzen US-Amerikaner*innen verwendet, um auszudrücken, dass rassistische Diskriminierungen überhaupt wahrgenommen werden. In den 2010er-

Jahren wurde er im Umfeld der BlackLivesMatter-Bewegung wiederentdeckt, als positives Selbstverständnis. In den letzten Jahren jedoch ist «Wokeness» zu einem Kampfbegriff der globalen Rechten geworden und funktioniert als eine Art Scharnier in die gesellschaftliche Mitte.

Das ist auch möglich, weil ein grundlegendes Missverständnis vielfach wiederholt wird, nämlich, dass Institutionen «neutral» bleiben müssten, um niemanden zu bevorteilen. Was aber heißt «neutral»? Das deutsche Grundgesetz (GG) etwa verpflichtet den Staat explizit dazu, «die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung» zu fördern und auf die «Beseitigung bestehender Nachteile» zwischen den Geschlechtern hinzuwirken.[3] Es verpflichtet den Staat auch dazu, die Würde eines jeden Menschen zu achten und zu schützen (Art. 1 GG). Das Grundgesetz verbietet außerdem die Diskriminierung von marginalisierten Gruppen (Art. 3 GG). Genau darauf zielt auch diskriminierungssensible Sprache, trotzdem haben mehrere Bundesländer die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache verboten. Darunter: Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen. In Bayern ist gleichzeitig gesetzlich vorgeschrieben, dass in jedem Klassenzimmer einer Grundschule sowie im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes ein Kreuz «als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns» anzubringen ist.[4] Daran zeigt sich, dass es keinesfalls um die Bewahrung einer vermeintlichen «Neutralität» geht, sondern um die unwidersprochene Durchsetzung einer dominanten Position, in diesem Fall einer religiösen Ideologie. Laut der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) waren 2024 nur rund 40 Prozent der Menschen in Bayern Mitglieder der katholischen Kirche.[5]

Die AfD geht noch einen Schritt weiter und ruft über eigene Plattformen dazu auf, Lehrkräfte, die im Unterricht über Diskriminierung aufklären, als nicht «neutral» zu melden, sprich: zu denunzieren.[6] Diese Einschüchterungsversuche haben System. Weltweit werden rechte Parteien stärker und aggressiver. Ein Beispiel: In den USA haben mehrere Bundesstaaten eine Vielzahl an Büchern aus Bibliotheken und Schulen mit der Begründung verbannt, gegen den Einfluss der «Woke-Ideologie» vorgehen zu wollen. Die verbotenen Bücher thematisieren unter

anderem Sexualität, Rassismus, Feminismus, lesbische Liebe oder Geschlechtervielfalt.[7] Daran zeigt sich: Von «Wokeness» ist oftmals dann die Rede, wenn Menschen, die sich gegen Diskriminierung stark machen, zum Schweigen gebracht werden sollen.

Fazit

Es ist nicht schlimm, wenn Menschen sich nicht immer diskriminierungssensibel ausdrücken. Das ist nicht möglich. Der Weg ist das Ziel. Doch wenn Menschen sich öffentlich über die Versuche, Sprache gerechter zu machen, lustig machen, sie abwerten oder sich strikt weigern dazuzulernen, dann ist das ein Problem. Denn hier stellt sich die Frage, woher diese Weigerung kommt. Manchmal hat sie damit zu tun, dass nicht klar ist, wozu die unterschiedlichen Versuche, Sprache gerechter zu machen, dienen sollen. Für manche Menschen und ihre Lebensrealitäten fehlen uns oftmals buchstäblich die Worte, denn Sprache entscheidet auch darüber, was bzw. wen wir überhaupt wahrnehmen. Sprache ist in diesem Sinn ein Werkzeug, mit dem wir Menschen und ihre Anliegen sichtbar machen können. Um diese Ideen niedrigschwellig möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, braucht es politische Bildungsarbeit.

Doch manchmal verbirgt sich hinter der Ablehnung und der Abwertung diskriminierungssensibler Sprache auch schlichtweg ein Nicht-verstehen-Wollen. Immer öfter steckt hinter der Weigerung, diskriminierungssensible Sprache zu verwenden, auch eine politische Strategie: Der Kampfbegriff «Wokeness» wird eingesetzt, um die Möglichkeiten für die Thematisierung von Diskriminierungen einzuschränken oder ganz zu verbieten.

2

«WIR MÜSSEN UNSERE FRAUEN VOR FREMDEN TÄTERN SCHÜTZEN»

«Im Jahresdurchschnitt gibt es zwei #Gruppenvergewaltigungen am Tag. Oft begangen von Migranten, denen jeder Respekt fehlt vor Frauen und vor unserer Kultur. Das müssen wir beenden! Der unkontrollierte Zuzug muss gestoppt werden.»
Friedrich Merz (CDU) auf der Online-Plattform X,
4. September 2024

Wie wird argumentiert?

Die immer wieder vorgebrachte Behauptung besagt, dass Gewalt gegen Frauen vor allem durch Migranten ausgeübt werde. Das würden Statistiken belegen. Es gebe also einen Zusammenhang zwischen der Herkunft der Täter und ihren Taten: Diese Männer würden Gewalt gegen «unsere» Frauen ausüben, weil sie aus einer fremden Kultur stammten, die sich grundlegend von der deutschen Kultur unterscheide. Die Migrationspolitik müsse deshalb verschärft werden – nur so könnten Frauen und Mädchen vor fremden Tätern geschützt werden.

Was ist dran?

Grundsätzlich ist es sehr begrüßenswert, wenn sich Politiker*innen dem Thema Gewalt gegen Frauen annehmen und zu politischem Handeln auffordern. Doch muss gerade bei diesem Thema sehr kritisch hinterfragt werden, worum es *eigentlich* geht. Geht es darum, die Situation aller Frauen und Mädchen – egal welcher Herkunft – grundlegend zu verbessern, etwa durch eine sichere Finanzierung von Beratungsstellen, den Ausbau der Präventions- und Aufklärungsarbeit oder durch verpflichtende thematische Fortbildungen für Berufsgruppen wie zum Beispiel Lehrkräfte? Wird also versucht, die Vorschläge von Expert*innen zum Thema Gewalt gegen Frauen – etwa die von Wissenschaftler*innen, Sozialarbeiter*innen oder Jurist*innen – politisch umzusetzen? Wird Betroffenen zugehört und werden ihre Anliegen politisch ernst genommen? Oder geht es darum, das emotional stark aufgeladene Thema Gewalt gegen Frauen zu nutzen, um Zustimmung zu eigenen politi-

schen Vorhaben und Ablehnung gegen bestimmte Personengruppen zu erzeugen?

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und der stellvertretende Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft Manuel Ostermann (CDU) sind für diese Unterscheidung sehr anschauliche Beispiele. Beide haben in den letzten Jahren wiederholt vehement gefordert, dass die Migrationspolitik drastisch verschärft werden müsse, um Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen. Beide haben, um diese Forderungen zu rechtfertigen, behauptet, dass auch Statistiken belegen würden, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend von Fremden ausgeübt werde. Zu gewissen Teilen ist diese Behauptung richtig, aber in vielerlei Hinsicht ist sie faktisch falsch, was sie zu einer sehr gefährlichen Halbwahrheit macht.

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik lag der Anteil «nichtdeutscher Tatverdächtiger» bei Fällen von Gruppenvergewaltigungen 2023 bei 47 Prozent. Der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte an der Gesamtbevölkerung liegt bei 30,4 Prozent.[8] Werden diese Zahlen allerdings ohne Kontext nebeneinandergestellt, entsteht der Eindruck, Migrant*innen seien bei der Ausübung von Gewalt gegen Frauen überrepräsentiert. Dieser Schluss ist aber falsch, und zwar aus mehreren Gründen:

«Nichtdeutsche Tatverdächtige» ist nicht gleichbedeutend mit Migrant*innen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst die Staatsangehörigkeit, es zählt also der Pass. Menschen, die selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind und die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, tauchen in dieser Statistik also als «Deutsche» auf, schließlich sind sie es auch. Genauso wenig sind «nichtdeutsche Tatverdächtige» gleichzusetzen mit asylsuchenden Menschen. Auch Tourist*innen oder Geschäftsreisende fallen in diese Gruppe. Außerdem erfasst diese Statistik nicht die Verurteilten, sondern die «Tatverdächtigen». Und nur das sogenannte Hellfeld, nicht die «Dunkelziffer», das heißt, aus ihr gehen nur die Straftaten hervor, die der Polizei bekannt geworden sind. Doch insbesondere sexualisierte und häusliche Gewalt wird sehr häufig nicht zur Anzeige gebracht. Einer der wesentlichen Gründe, weshalb Menschen über ihre Gewalterfahrungen schweigen, ist Scham.[9]

Die Behauptung, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik belegen würde, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen Migration und Gewalt gegen Frauen gäbe, ist also faktisch falsch. Dass Politiker wie Friedrich Merz oder Manuel Ostermann in ihrem politischen oder beruflichen Umfeld niemanden haben, der oder die dazu in der Lage wäre, sie auf ihre Fehlinterpretation der Polizeilichen Kriminalstatistik hinzuweisen, ist sehr unwahrscheinlich. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sie das Thema Gewalt gegen Frauen nutzen, um Zustimmung für ihre politischen Forderungen nach Migrationsverschärfungen zu gewinnen.

Ein prominentes Beispiel: Im Oktober 2025 behauptete Friedrich Merz, dass es «im Stadtbild» immer noch ein «Problem» gebe, weshalb es nötig sei, in «sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen». Merz behauptete also, dass Abschiebungen «das Problem» lösen würden. Auf Nachfrage, was genau er damit meinte, konkretisierte der Bundeskanzler: «Fragen Sie doch mal Ihre Töchter, spätestens nach Einbruch der Dunkelheit.»[10] Friedrich Merz geht es im Kern aber nicht darum, das Problem Gewalt gegen Frauen politisch anzugehen. Wäre das der Fall, dann würden seine politischen Forderungen dem entsprechen, was Expert*innen zur Thematik sagen:

Aus der bundesweiten Frauenhausstatistik geht klar hervor, dass der gefährlichste Ort für Frauen und Kinder weiterhin das eigene Zuhause ist.[11] 70 Prozent aller körperlichen und sexuellen Übergriffe finden in den eigenen vier Wänden statt.[12] 13.700 Frauen und 15.300 Kinder haben 2024 Schutz in Frauenhäusern gesucht. Aktuell fehlen in Deutschland rund 14.000 Frauenhausplätze. In ländlichen Regionen ist die Versorgungslücke besonders groß. Selbst wenn Betroffene einen Platz finden, kommt er ihnen häufig teuer zu stehen. Fast jede vierte Frau muss den Aufenthalt im Frauenhaus selbst bezahlen, weshalb manche in Gewaltbeziehungen verbleiben. Auch drohende Wohnungslosigkeit ist ein großes Problem. Steigende Mietpreise gestalten die Wohnungssuche enorm schwierig, was Betroffene dazu veranlassen kann, «aufzugeben» und in gewalttätige Beziehungen zurückzukehren, damit sie wenigstens ein Dach über dem Kopf haben.[13] Auf die-

FRAUENHAUS
Belegt!

se Missstände weisen Vereine, Verbände, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen seit Jahrzehnten hin. Im Februar 2024 wurde das «Gewalthilfegesetz» verabschiedet, ein wichtiger Meilenstein, denn es verankert einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Beratung und Schutz für Betroffene häuslicher Gewalt. Allerdings tritt dieser Rechtsanspruch erst 2032 in Kraft. Der Bund unterstützt die Finanzierung des Ausbaus des Hilfesystems mit 2,6 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das 2022 beschlossene «Sondervermögen Bundeswehr» belief sich auf 100 Milliarden Euro.

Sexualisierte Gewalt ist ein emotional berührendes Thema, das von einer breiten Mehrheit moralisch verurteilt wird. Eben weil Eingriffe in die sexuelle Selbstbestimmung mit vorherrschenden Normen und Werten erstmal nicht vereinbar sind, liegt für manche Menschen der Schluss nahe, dass die Täter nur «Fremde» sein können – schließlich würde niemand «von uns» so etwas Schlimmes tun. Doch das ist ein Trugschluss, der Betroffenen enorm schadet, denn er führt zu Tabuisierungen. Opfern wird nicht geglaubt, dass ein «angesehenes Mitglied der Gesellschaft» zu so unmenschlichen Taten fähig ist. Täter werden dadurch geschützt. Dieser Mechanismus zeigt sich anschaulich am Beispiel der zahlreichen Fälle von sexuellem Missbrauch, der jahrzehntelang im Umfeld der katholischen und evangelischen Kirche stattfinden konnte.[14] Es war und ist ein großer Verdienst von sozialen Bewegungen wie den Frauenbewegungen, eine Hilfestruktur für Betroffene aufgebaut zu haben, kontinuierliche Forschung zu diesem Thema zu verlangen und Aufklärung einzufordern.

Der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in Deutschland (bff) hat beispielsweise Empfehlungen dazu erarbeitet, wie Femizide (also Morde an Frauen, weil sie Frauen sind) verhindert werden können[15] – eine Verschärfung der Migrationspolitik gehört nicht dazu. Ginge es Politikern wie Merz und Ostermann tatsächlich darum, die Situation von Frauen zu verbessern, würden sich ihre politischen Forderungen an diesen Empfehlungen orientieren. Tun sie dies nicht, schaden sie Frauen, denn die tatsächlichen Ursachen werden nicht angegangen.

Fazit

Rechte und konservative Parteien nutzen das Thema Gewalt gegen Frauen seit Jahren gezielt und strategisch als Rechtfertigung für ihre migrationsfeindliche und rassistische Politik. «Frauen schützen» klingt schließlich besser als «Ausländer raus». Diesen rassistischen Kampagnen kann und muss mit solidarisch-feministischen Kampagnen entgegengetreten werden: Migration ist nicht das Problem, sondern Männer. Denn es sind vor allem Männer, die Gewalt ausüben. Männer, die sich als «Beschützer» *ihrer* Frauen vor «den Fremden» inszenieren, sind Teil des Problems. Sie tragen dazu bei, geschlechtsspezifische Gewalt in der Mehrheitsgesellschaft zu tabuisieren, indem sie als Täter nur jene in den Blick nehmen, die ihrer Ansicht nach nicht zu «unserer» Gesellschaft gehören. Sie blenden aus, dass auch gesellschaftlich sehr angesehene Männer Täter sein können. Ebenso wie migrantische Frauen Opfer sein können. Die Annahme, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder Staatsangehörigkeit eher zu Tätern werden, ist rassistisch. Der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe ist einer der zahlreichen Verbände, die entschieden vor der migrationspolitischen Instrumentalisierung des Themas geschlechtsspezifische Gewalt warnen.[16] Dieser Forderung sollten wir uns alle anschließen.

3

«#METOO HAT EINE HEXENJAGD AUSGELÖST»

«Was mache ich, wenn sie […] rausrennt und ruft: ‹#MeToo, der hat mich angefasst!›?»
Thomas Gottschalk, *Der Spiegel,* 11. Oktober 2024

Wie wird argumentiert?

Öffentliche Bewegungen gegen sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch wie #MeToo seien wichtig und notwendig gewesen. Doch mittlerweile werde völlig übertrieben. Es sei eine Art moralische Hysterie ausgebrochen, bei der harmlose Kommentare oder Verhaltensweisen als Übergriffe aufgebauscht und Männer an den Pranger gestellt würden. Männer

wüssten überhaupt nicht mehr, was sie noch tun oder sagen dürften. Sie müssten in der ständigen Angst leben, wegen eines missglückten Witzes oder einer läppischen Tätschelei als Täter gebrandmarkt zu werden. Nicht jedes unerwünschte Kompliment sei gleich Sexismus oder gar ein Übergriff.

Was ist dran?

Das Bewusstsein für Sexismus und sexualisierte Gewalt ist in den letzten Jahren gestiegen. Insofern lösen Aussagen oder Verhaltensweisen, die früher noch in vielen Kreisen salonfähig waren, nun breite öffentliche Kritik aus. Der Moderator Thomas Gottschalk ist hierfür ein anschauliches Beispiel. Die von ihm moderierte Sendung «Wetten, dass …?» gehört zu den erfolgreichsten in der deutschen Fernsehgeschichte. Sie wurde zwischen 1981 und 2014 und erneut 2021 bis 2023 ausgestrahlt und erreichte ein Millionenpublikum. In der letzten Sendung verabschiedete sich Gottschalk mit den Worten, dass er früher im Fernsehen wie zu Hause geredet habe. Doch inzwischen rede er zu Hause anders als im Fernsehen. Eine Anspielung auf die insbesondere online laut gewordene Kritik an seinem Umgang mit Frauen in der Sendung. Gottschalk wehrte sich unter anderem in einem Interview im *Spiegel* gegen die Vorwürfe, indem er betonte, er habe Frauen «rein dienstlich» angefasst.

Die Kritik an den Verhaltensweisen des Moderators zieht sich durch seine Fernsehlaufbahn, doch als enorm erfolgreicher, reicher und einflussreicher Mann musste er sich mit dieser Kritik nicht auseinandersetzen. Und auch jetzt ist es keinesfalls so, dass die öffentliche Missbilligung dazu geführt hat, dass ihm keine Bühne mehr geboten wird. Er sitzt in Talkshows, gibt Interviews, schreibt Bücher. Thomas Gottschalk hat eine ganze zweite Karriere daraus gemacht, einem breiten Publikum zu erzählen, dass er nichts mehr sagen dürfe.

Bei der öffentlichen Thematisierung von Sexismus und sexualisierter Gewalt geht es nicht um Moral, wie oft suggeriert wird, sondern um Machtverhältnisse sowie die Offenlegung von Machtmissbrauch. Das als «hysterisch» abzutun ist abwertend. Die Formulierung signalisiert eine geringe Bereitschaft, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen, und greift außerdem auf negative Geschlechterstereotype zurück. «Hysterie»

war jahrhundertelang ein patriarchales Machtinstrument, um die (psychischen) Reaktionen von Frauen auf gesellschaftliche Unterdrückung zu pathologisieren, das heißt, sie für krank zu erklären. Hysterie galt als eine Erkrankung, die nur Frauen befällt und die bei den «naturbedingt» ohnehin stark emotionalen Frauen zu irrationalen Gefühlen führt. Männer wiederum galten (und gelten) «von Natur aus» als rational, sachlich und gefasst.

Aufgrund dieses Vorurteils sehen es manche Männer bis heute als ihre Aufgabe an, emotional agierende Frauen zurechtzuweisen. Mit dem Spruch «Hast du etwa deine Tage?» zum Beispiel. Auch in der Medizin hat dieses Vorurteil einen langen Schatten geworfen: So werden zum Beispiel Betroffene von Endometriose, einer Krankheit, bei der es zu sehr schmerzhaften Regelblutungen kommt, häufig nicht ernst genommen und die Krankheit selbst ist bis heute schlecht erforscht. Stattdessen wurde und wird den Betroffenen unterstellt, dass sie «überempfindlich» seien und «übertreiben» würden.

Die Behauptung, dass alle Männer in der ständigen Angst leben müssten, zu Unrecht als Täter angeprangert zu werden, übersieht grundlegend, dass viele Männer völlig zu Recht für ihr Fehlverhalten kritisiert oder bei Grenzüberschreitungen in ihre Schranken gewiesen werden. Natürlich nicht alle, aber viele Männer *sind* Täter sexualisierter oder häuslicher Gewalt (→ Mythos 8). Nicht alle, aber viele Männer können weiterhin nicht mit Frauen auf Augenhöhe sprechen, arbeiten oder Politik machen. Sexistisches und grenzüberschreitendes Verhalten *muss* kritisiert werden – auch von anderen Männern. Wir alle und insbesondere Männer müssen lernen, sich selbstkritisch und konstruktiv mit Kritik auseinanderzusetzen, statt sie bequem als «Hysterie» abzubügeln.

Dies bedeutet wiederum nicht, dass es unser aller Aufgabe ist, füreinander Polizei zu spielen. Vielmehr geht es darum, sich gemeinsam dafür einzusetzen, grenzüberschreitendes Verhalten früh zu erkennen und Betroffene zu unterstützen. Die sogenannte Awareness-Arbeit setzt genau hier an. Awareness (engl. *to be aware*) bedeutet übersetzt, «sich bewusst zu sein». Awareness-Konzepte sind darauf ausgerichtet, mögliche Diskriminierungen und Grenzüberschreitungen in verschiedenen

Räumen mitzudenken, beispielsweise bei Veranstaltungen. Es geht nicht darum, allen eine Garantie auf diskriminierungsfreie Räume zu geben, das ist nicht möglich, sondern gemeinsam füreinander proaktiv Verantwortung für ein wertschätzendes Miteinander zu übernehmen. Auch der Ansatz der «transformativen Gerechtigkeit»[17] greift diesen Gemeinschaftsgedanken auf. Er zielt darauf, Methoden zu entwickeln, um Grenzüberschreitungen innerhalb eines sozialen Zusammenhangs mit allen Involvierten gemeinsam anzugehen. Ziel ist nicht allein die Sicherheit für die Betroffenen, sondern vor allem auch eine Verhaltensänderung der Grenzüberschreitenden.

Fazit

Viele Männer sind es gewohnt, sich mit gerechtfertigter Kritik an ihrem Verhalten nicht auseinandersetzen zu müssen, sondern sie bequem als «hysterisch» abzubügeln. Soziale Bewegungen fordern uns alle dazu auf, Verantwortung zu übernehmen, und das ist unbequem, ja! Aber die Kritik an sexistischem Verhalten und Grenzüberschreitungen ist wichtig und richtig, damit alle in einer gerechteren Welt leben können. Diese Gerechtigkeit immer wieder aufs Neue einzufordern und sich dafür einzusetzen, darum geht es Feminist*innen. Männer müssen also nicht vor Feminismus geschützt werden, sondern – im Gegenteil – sie müssen sich aktiv beteiligen und einbringen. Denn von einer gerechteren Welt profitieren wir alle.

4

«ABTREIBUNGEN SIND MORD!»

«Frauen können ja jetzt schon straffrei das Leben ihres ungeborenen Kindes beenden – ich persönlich finde das furchtbar.»
Beatrix von Storch (AfD), Bundestag, 5. Dezember 2024

Wie wird argumentiert?

Es sei die moralische Pflicht von Politik, Zivilgesellschaft und den Kirchen, das ungeborene Leben zu schützen. Um sicherzustellen, dass sich möglichst viele Frauen für eine Schwangerschaft entscheiden, müsse auch die gesetzlich vorgeschriebe-

ne Beratung bei Schwangerschaftsabbrüchen weiterhin Partei «für das Leben» ergreife.

Die Rechte von Frauen würden durch die Strafbarkeit von Abtreibungen nicht eingeschränkt, denn in bestimmten Ausnahmefällen seien Abbrüche ja straffrei. Es gebe also einen «Kompromiss», der wiederum von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung als gut und richtig empfunden werde. Eine Änderung der prinzipiellen Strafbarkeit von Abtreibungen würde die Gesellschaft spalten.

Was ist dran?

Die Entscheidung für oder gegen das Austragen einer Schwangerschaft ist weitreichend, sehr persönlich und fällt oft schwer. Genau deshalb ist es wichtig, dass diese Entscheidung von der ungewollt Schwangeren ohne die Einmischung oder Bevormundung Dritter getroffen werden kann. Denn Schwangerschaftsabbrüche sind nicht nur eine Frage der persönlichen Moral oder der individuellen religiösen Überzeugung, sondern vor allem eine der Selbstbestimmung.

Verschiedene rechte, konservative und konfessionelle Parteien und Verbände, die sich selbst als «Lebensschützer*innen» bezeichnen, versuchen seit Jahren, diese Entscheidungsfreiheit von Frauen einzuschränken. In den USA ist es ihnen bereits gelungen, die Zugangsmöglichkeiten zu Schwangerschaftsabbrüchen massiv einzuschränken. Auch in Deutschland agieren diese Gruppen mit zum Teil aggressiven Mitteln. Eines davon ist, Frauen vor Beratungsstellen, Kliniken oder Ärzt*innenpraxen unter Druck zu setzen, indem sie etwa als «Babymörderinnen» beschimpft werden. Diese «Gehsteigbelästigung» ist in Deutschland seit 2024 strafbar.

Im Kern geht es diesen «Lebensschützer*innen» aber nicht darum, (jedes) Leben zu schützen, sondern darum, über Frauenkörper bzw. Geburtenraten bestimmen zu können. Dies zeigt sich deutlich, wenn man die Positionen und Forderungen von «Lebensschützer*innen» zu den Themen Abtreibung und Organspende miteinander vergleicht. Aktuell gibt es keine gesetzliche Verpflichtung zu einer Organspende nach dem Tod. Dabei würde eine solche Verpflichtung Tode verhindern, also Leben

schützen. Im Jahr 2024 standen laut Statistik der Deutschen Stiftung Organtransplantation 8.575 Menschen auf der Warteliste für ein Spender*innenorgan. Gleichzeitig gab es bundesweit nur 953 Organspender*innen. Sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche sprechen sich dafür aus, dass Organspenden nach dem Tod freiwillig bleiben müssen und dass kein Mensch dazu gesetzlich verpflichtet werden sollte.[18] Die AfD lehnt verpflichtende Organspenden ebenfalls ab, betont die Notwendigkeit einer «Entscheidungsfreiheit» und fordert einen besseren Informationszugang zum Thema.[19]

Während «Lebensschützer*innen» Frauen mit dem Verweis auf Religion und Moral aggressiv unter Druck setzen, «Leben zu schützen», gestehen sie allen anderen Menschen Selbstbestimmung ohne Druck und Bevormundung durch Dritte zu. Frauen müssen aber genauso über ihren lebendigen Körper selbstbestimmt entscheiden dürfen wie alle anderen Menschen über ihren toten Körper – alles andere ist sexistisch.

Die Frauenbewegungen haben sich jahrzehntelang gegen den massiven Widerstand konservativer Parteien und der Kirchen dafür eingesetzt, dass Frauen über ihr Leben selbst bestimmen können, ohne dabei ihre Gesundheit oder ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Bis in die 1970er-Jahre fanden Abtreibungen illegalisiert unter schlechten hygienischen und medizinischen Bedingungen statt. Ab 1976 waren Schwangerschaftsabbrüche in Westdeutschland in Ausnahmefällen, beispielsweise wenn das Leben der Schwangeren in Gefahr war oder wenn sie vergewaltigt worden war, straffrei (die sogenannte Indikationsregelung). 1993 wurde eine gesamtdeutsche Indikationsregelung mit Beratungspflicht gesetzlich verankert, bei der die Beratung «dem Schutz des ungeborenen Lebens» dienen muss. Diese verpflichtende Beratung ist also nicht ergebnisoffen, sondern lenkend. Sie dient dazu, ein bereits vorher gesetzlich festgelegtes Ziel zu erreichen – nämlich, dass die ungewollte Schwangerschaft fortgesetzt wird. Diese Form der Beratung ist also keine wirkliche Unterstützung für die Betroffenen, sondern ein starker Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Für Frauen in der DDR waren Schwangerschaftsabbrüche in den ersten drei Monaten ohne Angabe von Gründen und ohne Beratungspflicht bereits seit 1972 straffrei. Insofern bedeutete die Wieder-

vereinigung für ostdeutsche Frauen eine rechtliche Schlechterstellung.

Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland in § 218 des Strafgesetzbuchs (StGB) geregelt. Sie sind also bis heute «rechtswidrig» und gelten im Grundsatz als Straftat, die nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei bleiben kann (siehe oben). Jurist*innen, Mediziner*innen, Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und Gesundheitsverbände setzen sich dafür ein, diese Kriminalisierung zu beenden, denn sie trägt nicht nur dazu bei, Frauen, die eine Schwangerschaft nicht austragen wollen, gesellschaftlich zu stigmatisieren, sondern hat außerdem sehr negative Auswirkungen, etwa auf die medizinische Versorgung: Aufgrund der Kriminalisierung steht es Krankenhäusern in Deutschland frei, Schwangerschaftsabbrüche gar nicht oder nur in bestimmten Fällen anzubieten. Laut einer breit angelegten 2025 veröffentlichten Studie sind Schwangerschaftsabbrüche kein Pflichtthema im Medizinstudium.[20] Vier von fünf Frauen stoßen auf erhebliche Barrieren, wie zum Beispiel lange Anfahrtswege, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen. In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern sind die Versorgungslücken besonders groß.[21]

Mehrere Länder in Europa haben Schwangerschaftsabbrüche legalisiert, darunter Dänemark, Estland, die Niederlande, Schweden und Finnland. Frankreich hat das Recht auf Schwangerschaftsabbruch 2024 in der Verfassung verankert, um den medizinischen Zugang zu sichern und um die Selbstbestimmungsrechte ungewollt Schwangerer langfristig zu schützen. Das ist wichtig, denn die Angriffe nehmen zu. In den USA sind Übergriffe auf Abtreibungskliniken schon seit Jahren an der Tagesordnung. Aber auch hierzulande werden Gynäkologinnen, die Abbrüche durchführen, regelmäßig beschimpft und bedroht.[22] 2025 hat eine gezielte Diffamierungskampagne von Abtreibungsgegner*innen und Rechten dafür gesorgt, dass die Juristin Frauke Brosius-Gersdorf ihre Kandidatur als Bundesverfassungsrichterin zurückzog. Die Juristin war 2023 Mitglied der von der damaligen Bundesregierung einberufenen Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin (Kom-rSF). Diese wiederum hatte empfohlen, Schwanger-

schaftsabbrüche in den ersten drei Monaten zu legalisieren. Im Juli 2025 blockierte die CDU/CSU die Wahl der von der SPD vorgeschlagenen Brosius-Gersdorf, weshalb die Abstimmung scheiterte. Zuvor hatten etliche rechte Plattformen wie beispielsweise das Online-Magazin NIUS, die Zeitung *Junge Freiheit* oder das *Compact Magazin* Unwahrheiten verbreitet, etwa dass die Juristin Abtreibungen bis zum neunten Monat legalisieren möchte.[23]

Die bisherigen politischen Versuche, Abtreibungen zu legalisieren, sind am Widerstand konservativer und rechter Parteien gescheitert. Dieser Widerstand wiederum wurde auch damit begründet, dass eine Legalisierung zu gesellschaftlichen Spannungen führen würde. Friedrich Merz (CDU) beispielsweise warnte im November 2024 vor einem drohenden «völlig unnötigen weiteren Großkonflikt im Land».[24] Laut einer 2024 veröffentlichten Bevölkerungsumfrage im Auftrag des Bundesfrauenministeriums (BMBSFJ) befürworten jedoch 80 Prozent der Bevölkerung die Einführung einer gesetzlichen Regelung nach dem Vorbild Frankreichs. 77,5 Prozent der CDU-Wähler*innen und 67,4 Prozent der AfD-Wähler*innen lehnen die derzeitige Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland ab. Das gilt auch für 65 Prozent der Katholik*innen.[25]

Die Behauptung des Bundeskanzlers, dass eine Legalisierung zu gesellschaftlichen Spannungen führen würde, ist also falsch. Was zurzeit aber sehr wohl zu gesellschaftlichen Spannungen führt, sind die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten. Eine Verbesserung dieser Situation – etwa durch regulierte Mieten und die finanzielle Förderung der sozialen Infrastrukturen wie etwa Bildung, Kultur, Jugendtreffs oder Schwimmbäder – wird von rechten und konservativen Parteien abgelehnt. Diese Parteien fordern, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erschweren, setzen sich aber nicht dafür ein, dass die Lebenssituation der *geborenen* Kinder und Jugendlichen verbessert wird. Ginge es rechten und konservativen Parteien und Verbänden wirklich um «Lebensschutz», dann würden sie zudem keine Wehrpflicht einführen. Religion und Moral sind letztlich nur Vorwände, um die Geburtenraten zu steigern.

Es gilt außerdem kritisch zu hinterfragen, welche Personengruppen von Abtreibungen abgehalten werden sollen und wessen *gewollte* Schwangerschaften vergleichsweise wenig «geschützt» werden. Das Konzept der «reproduktiven Gerechtigkeit» setzt hier an. Einer der Grundgedanken ist, dass bei den gesellschaftspolitischen Konflikten um Schwangerschaftsabbrüche oder Verhütungsmittel immer auch Frauen- und Familienbilder verhandelt werden, in denen die Leben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen unterschiedlich gewichtet werden. Trotz der Behauptung von Abtreibungsgegner*innen, «jedes» Leben sei schützenswert, ist dies bei genauer Betrachtung nicht der Fall. Ein Beispiel: Laut der aktuellen Gesetzeslage sind Schwangere nicht vor einer Abschiebung geschützt. Selbst dann nicht, wenn es sich um eine Risikoschwangerschaft handelt. Prominente «Lebensschützer*innen» wie die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) setzen sich nicht für ein Abschiebeverbot von Schwangeren ein. Noch ein Beispiel: Der Sozialdienst Muslimischer Frauen hat 2023 in einer Stellungnahme darauf verwiesen, dass schwangere Frauen mit Migrationshintergrund vielfach berichten, dass sie in gynäkologischen Praxen den Eindruck hatten, ihre Schwangerschaft werde negativ aufgenommen.[26] Dies wiederum kann dazu führen, dass eine ausreichende medizinische Versorgung nicht gewährleistet ist, da beispielsweise aus Scham Symptome verschwiegen oder Fragen nicht gestellt werden. Auch zu einem «Schutz» dieser «Ungeborenen» äußern sich «Lebensschützer*innen» nicht.

Fazit

Schwangerschaftsabbrüche sind nicht nur eine Frage der persönlichen Moral oder der individuellen religiösen Überzeugung, sondern vor allem eine der Selbstbestimmung. Frauen müssen die Freiheit und die Möglichkeit haben, über ihr Leben selbst bestimmen zu können. Versuche, diese Entscheidungsfreiheit von Schwangeren einzuschränken, sind sexistisch, denn es handelt sich dabei um Versuche, Frauen dazu zu zwingen, ihre «weibliche Pflicht» zu erfüllen: möglichst viele Kinder zu bekommen.

Ginge es den selbsternannten «Lebensschützer*innen» tatsächlich um «Lebensschutz», dann würden sie versuchen, *jedes* Leben zu schützen, doch das tun sie nicht. «Lebensschützer*innen»

geht es einzig und allein darum, Abtreibungen zu verhindern. Sie offenbaren damit ihre Anspruchshaltung, über (schwangere) Frauenkörper bestimmen zu können. Doch Frauen schulden niemandem Kinder – keinem Ehemann, keinem Staat, keiner Religion und auch nicht der Gesellschaft. Frauen existieren nicht, um Geburtenraten zu steigern. Frauen haben – wie alle anderen Menschen auch – ein Recht, über ihr Leben selbst zu bestimmen. Deshalb müssen Schwangerschaftsabbrüche legalisiert werden.

5

«ECHTE MÄNNER WEINEN NICHT»

«Lass dir nicht einreden, dass du lieb, soft, schwach und links zu sein hast. Echte Männer sind rechts. Dann klappt's auch mit der Freundin.»
Maximilian Krah (AfD), TikTok, 1. Februar 2024

Wie wird argumentiert?

Mittlerweile wären es die Männer, die benachteiligt seien. Sie seien die Verlierer der feministischen Erfolge.

Der Feminismus habe die Männer «weich» gemacht. Frauen würde aber gar keine «weichen» Männer wollen, sondern «Alphas». Das habe zu einer «Einsamkeitsepidemie» unter jungen Männern geführt. Ein gutes Beispiel hierfür seien die hohen Suizidraten unter Männern.

Was ist dran?

Es stimmt. Unter Männern ist das Suizidrisiko höher. Im Jahr 2024 nahmen sich 10.372 Menschen das Leben, 71,5 Prozent waren Männer.[27] Laut einer Studie des Universitätsklinikums Ulm wird die Diagnose Depression allerdings etwa doppelt so häufig an Frauen vergeben wie an Männer.[28] Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass Männer ihre Symptome verschweigen, um sich weiter als «starker Mann» zeigen zu können.[29] Hinzu kommen die langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz. Wer ohnehin schon daran zweifelt, ob eine psychotherapeutische Behandlung auch etwas für «echte Männer» ist, der lässt sich hiervon zusätzlich abschrecken.

Diese und weitere Aspekte von Gesundheit werden von der Geschlechterforschung untersucht. Die Studien zeigen: Es ist nicht Feminismus, der Männern schadet, sondern ein bestimmtes Bild von Männlichkeit. Rechte und konservative Verbände wiederum sprechen sich dafür aus, den Zugang zur Gesundheitsversorgung noch stärker den Prinzipien von Markt und Profit zu unterwerfen. Das bedeutet: weiterhin fehlende Therapieplätze. Gleichzeitig hetzen sie massiv gegen die Geschlechterforschung und glorifizieren das Bild des «starken Mannes». Sehr zugespitzt lässt sich also sagen: Diese Akteur*innen verhindern erst eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung und geben dann dem Feminismus die Schuld für die schlechte Gesundheitslage.

Die Behauptung, dass vor allem Männer von Einsamkeit betroffen sind, ist falsch. Laut dem Einsamkeitsreport der Techniker Krankenkasse von 2024 gaben fünf Prozent der Männer an, sich «immer» einsam zu fühlen, aber elf Prozent der Frauen. «Manchmal» einsam fühlten sich 17 Prozent der Männer und 29 Prozent der Frauen.[30] Auch das Einsamkeitsbarometer des Bundesfamilienministeriums stellte 2024 ein höheres Einsamkeitsrisiko für Frauen fest. Eine Tendenz, die seit 2013 anhält.[31] Einer der Gründe für die Einsamkeit von Frauen ist, dass Frauen viel Zeit darauf verwenden, sich um andere zu kümmern (Kindererziehung beispielsweise) und ihnen so die Zeit fehlt, andere soziale Kontakte zu pflegen. Einsamkeit betrifft zudem vor allem Menschen über 75 Jahre sowie Menschen mit Migrations- und/oder Fluchterfahrung. Auch viele junge Menschen sind von Einsamkeit betroffen, vor allem dann, wenn sie arbeitslos sind.[32]

Die viel zitierte *male loneliness epidemic* (engl. für «männliche Einsamkeitsepidemie») spielt in der Internet-Subkultur der sogenannten Incels eine zentrale Rolle. Incel ist die Abkürzung für die englischsprachige Bezeichnung *involuntary celibate,* also wörtlich übersetzt: «unfreiwillig zölibatär lebend». Innerhalb dieses Umfelds wird behauptet, dass Feminist*innen sich zwar für die Veränderung von Geschlechterrollen einsetzen, Frauen aber «traditionelle» bzw. «Alphamänner» romantisch bevorzugen würden. Gemeint sind damit aggressive, dominante, empathielose, beruflich erfolgreiche Männer. Werden sie abgelehnt, sind Feminist*innen Schuld, die die Männer von heute haben «weich» werden lassen.

Doch genau umgekehrt wird ein Schuh daraus: Weil diese Männer versuchen, einem veralteten, giftigen Männlichkeitsbild zu entsprechen, haben sie Schwierigkeiten, soziale Kontakte zu knüpfen. Frauen wollen schließlich nicht ihren Uropa daten. Für diesen Misserfolg wiederum machen Incels Frauen respektive den Feminismus verantwortlich. Ein Teufelskreis, den rechte Verbände und Parteien stark instrumentalisieren. Der Antifeminismus ist der gemeinsame Nenner ebenso wie die Glorifizierung des «starken Mannes», den angeblich alle Frauen wollen würden. Diese Instrumentalisierung gelingt auch deshalb, weil rechte Verbände und Parteien oft Männerrunden sind. Zwar gibt es sehr prominente rechte Frauen, wie beispielsweise die Politikerin Alice Weidel (AfD) oder die wegen Volksverhetzung verurteilte Politikerin Marie-Thérèse Kaiser (AfD). Es gibt auch rechte Frauengruppen wie beispielsweise Lukreta.[33] Doch Rechtsextremismus ist ein männliches Phänomen und das seit Jahren.[34] Der Anteil der Männer an der aktuellen Bundestagsfraktion der AfD beispielsweise beträgt fast 90 Prozent. Rechte Männer erschaffen sich also eine Echokammer, in der sie sich gegenseitig in ihrem Fiebertraum bekräftigen, dass *alle* Frauen sich nach antifeministischen «Alphamännern» sehnen würden und der Feminismus sie davon abhalten würde.

Dieser Teufelskreis kann (und muss) durchbrochen werden. Dazu sind zwei Botschaften wichtig:

(1) Frauen existieren nicht, um die Bedürfnisse von Männern zu befriedigen. Es ist sehr nachvollziehbar, dass Menschen sich nach romantischen Beziehungen und Sexualität sehnen und frustriert sind, wenn diese Bedürfnisse nicht befriedigt werden. Doch niemand hat ein Anrecht auf Sexualität und Romantik – auch Männer nicht.

(2) Männer müssen endlich anfangen, sich vom Bild des «Alphamanns» zu emanzipieren. Sie müssen lernen, füreinander zu sorgen, Freundschaften aufzubauen und zu pflegen und sich auch mal in den Arm zu nehmen. «Stärke» bedeutet auch, den Mut aufzubringen, sich gegen die gesellschaftlichen Erwartungen und Zuschreibungen aufzulehnen. Wirklich «starke» Männer sind Männer, die selbstsicher genug sind, um (vermeintliche) «Schwächen» zu zeigen, die über Gefühle und

Verletzlichkeiten reden, die Unsicherheiten zugeben oder die um Hilfe oder Ratschläge bitten.

Fazit

Es stimmt – Feminismus hat Männer «weich» gemacht – und das ist gut so. Die Forderung, dass Männer immer «stark» sein sollen, ist die Forderung, dass Männer keine echten Menschen sein dürfen. Alle Menschen sind auch mal unsicher, alle Menschen brauchen auch mal Hilfe, alle Menschen können fürsorglich sein. Männern diese Gefühle abzusprechen macht sie krank und unglücklich. Feminismus für dieses Krank- und Unglücklichsein die Schuld zu geben ist bequem, ja. Aber es sind nicht Feminist*innen, die Männern vermitteln, dass sie ein «Alphamann» sein müssen, sondern andere (rechte) Männer. Deshalb ist es wichtig, dass sich vor allem Männer selbstkritisch mit diesen glorifizierten Männlichkeitsbildern auseinandersetzen und anfangen, sich zu emanzipieren (→ Mythos 3). Diese Arbeit können und sollten Frauen ihnen nicht abnehmen. Denn Männer verlieren durch den Feminismus eine historische Anspruchshaltung auf die Erfüllung ihrer Bedürfnisse durch Frauen, ja, aber sie gewinnen Menschlichkeit und damit Freiheit.

6

«ECHTE FRAUEN WOLLEN ‹TRADWIVES› SEIN»

«Gleichstellung macht die Welt nicht besser. Die Politik muss akzeptieren, dass Männer und Frauen verschieden sind. Nicht jede junge Mutter will Karriere machen.»
Kristina Schröder (CDU), ehemalige Bundesfamilienministerin, Online-Magazin *Der Pragmatismus,* 11. September 2023

Wie wird argumentiert?

In den Sozialen Medien würden sich immer mehr junge Frauen stolz und fröhlich als sogenannte «Tradwives» (engl. für «traditionelle Ehefrauen») zeigen. Das sei kein Wunder, denn sie würden im Einklang mit ihrer «weiblichen Natur» bzw. ihrer «femininen Energie» leben.

Feminist*innen würden diese Entwicklung als Ausdruck fehlender Gleichberechtigung kritisieren und auf Frauen, die nur Hausfrauen seien oder in Teilzeit arbeiteten, herabblicken. Hier ginge es aber nicht um Politik oder eine historische Entwicklung, sondern um Biologie: Weil Frauen sich gern um andere Menschen kümmerten, würden sie soziale Berufe ergreifen oder in Teilzeit arbeiten, um mehr Zeit für ihre Familien zu haben.

Was ist dran?

Es stimmt. Frauen leisten mehr sogenannte Sorgearbeit (engl. *care work*), also bezahlte und unbezahlte Arbeit, bei der es darum geht, für andere Menschen zu sorgen. Dazu gehört beispielsweise Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen oder die Unterstützung von Freund*innen. Im Jahr 2022 haben Frauen 30 Stunden pro Woche mit unbezahlter Sorgearbeit verbracht, Männer hingegen knapp 21 Stunden.[35] Aktuell sind 75 Prozent der Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, Frauen. Im Schnitt beziehen Frauen 11,6 Monate Elterngeld, Männer nur 2,8 Monate.[36]

Wer darin das Ergebnis eines «natürlichen» Prozesses sehen will, übergeht die Tatsache, dass auch Sorgearbeit eine Geschichte hat. Bis 1977 war es für Ehefrauen in Westdeutschland gesetzlich vorgeschrieben, «den Haushalt in eigener Verantwortung zu führen». Zwar waren auch Ehefrauen dazu berechtigt, erwerbstätig zu sein, doch nur mit Zustimmung ihrer Ehepartner und nur «soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist». Im Zweifelsfall waren Ehemänner dazu berechtigt, das Arbeitsverhältnis ihrer Frau zu kündigen – auch gegen deren Willen.[37]

Die Gesetzgebung schrieb Ehepaaren damit ein ganz bestimmtes Lebensmodell vor: Männer können sich voll auf Beruf, Karriere und die Übernahme von politischen Ämtern fokussieren. Ehefrauen wiederum halten ihren Männern «den Rücken frei». Sie kümmern sich zu Hause allein um Kindererziehung, Haushaltsaufgaben und die Versorgung der Elterngeneration. Sie sorgen dafür, dass der Mann bei seinen wichtigeren Aufgaben nicht gestört wird und sich ausreichend von diesen Aufgaben erholen kann. Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in diesem Modell maximal ein «Zuverdienst», da der Haushalt vor allem durch den «Familienernährer» finanziert wird.

Auch wenn dieses Modell nicht mehr gesetzlich verankert ist und sich durch neoliberale Arbeitsmarktreformen verändert hat, ist es weiterhin sehr wirkmächtig. Ein Beispiel: Weil es so lange so selbstverständlich war, dass Frauen die Kindererziehung übernehmen, wurde jahrzehntelang politisch keine Notwendigkeit gesehen, in Kitas zu investieren. Daher fehlen laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) knapp 306.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige.[38] Dies ist vor allem in Westdeutschland ein Problem. In der DDR war die Versorgung mit Kitas und Krippen flächendeckend gut ausgebaut, was sich auch heute noch in Ostdeutschland niederschlägt. Eine unzureichende Kinderbetreuung stellt vor allem Alleinerziehende vor enorme Schwierigkeiten. Vier von zehn alleinerziehenden Familien sind laut einer Auswertung der Bertelsmann Stiftung armutsgefährdet.[39]

Doch auch früher war der «Alleinernährer» kein Modell, das von allen gelebt wurde. Arbeitende Frauen haben eine lange Geschichte der «Doppelbelastung».[40] Auch früher konnten es sich nur Menschen aus eher wohlhabenden Schichten leisten, auf ein zweites Einkommen zu verzichten. Die Hausfrau der 1950er-Jahre ist deshalb zu einer Art nationalem Statussymbol geworden. Für Frauen in der DDR war Erwerbstätigkeit eine Selbstverständlichkeit, wenngleich auch sie den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit erledigten. Allerdings wurde ihre ökonomische Unabhängigkeit staatlich stärker gefördert als in Westdeutschland. Es wurde in Betreuungsplätze für Kinder und in den sozialen Wohnungsbau investiert. Auch Scheidungen waren einfacher möglich als in Westdeutschland und die Scheidungsraten entsprechend hoch. Das änderte sich nach der Wende: Bis 1989 waren noch 91 Prozent aller erwerbsfähigen Frauen in der DDR berufstätig. Ende des Jahres 1993 waren 70 Prozent der Erwerbslosen in den neuen Bundesländern Frauen.[41]

So wichtig die Erwerbstätigkeit von Frauen für ihre ökonomische Unabhängigkeit ist, sie ist nicht gleichbedeutend mit ihrer gesellschaftlichen Emanzipation. Manche Frauen können durch ihre Berufstätigkeit ihre persönlichen Ziele und Ambitionen verwirklichen. Viele können dies allerdings nicht. 2023 erhielt fast jede fünfte Frau einen Niedriglohn. Unter Männern war es jeder Achte.[42] Die Gründe dafür sind, dass Frauen vielfach

in Teilzeit und/oder in den schlecht(er) bezahlten Branchen wie dem Einzelhandel arbeiten. Die Lohnmobilität aus dem Niedriglohnsektor heraus in besser bezahlte Berufe ist sehr gering.[43]

Hinzu kommt, dass die Erwartungen an Eltern massiv gestiegen sind. Mütter widmeten bereits 2016 ihren Kindern fast doppelt so viel Zeit wie noch 1965 (Tendenz steigend) und werden gleichzeitig ständig kritisiert.[44] Es ist deshalb sehr nachvollziehbar, dass manche Frauen Soziale Medien nutzen, um sich in eine Art Traumwelt zu flüchten, in der sie *nur* Hausfrau sein können. Die Inszenierungen von «Tradwive»-Influencerinnen in den Sozialen Medien sind nämlich genau das: eine Traumwelt. Ein schöner Schein. Denn diese Frauen verdienen Geld damit, so zu tun, als würde ihr Ehemann die Familie allein finanzieren. Sie selbst sind ökonomisch unabhängig, raten aber anderen, sich abhängig zu machen. Sie sind also eine Mogelpackung.

Auch konservative und rechte Parteien, die lautstark dafür eintreten, Familien stärken zu wollen, verkaufen eine Mogelpackung: Ihre Politik verbessert die Situation der Mehrheit der Familien nicht, denn ohne bezahlbare Mieten, gute soziale Infrastrukturen, Bildung und Kultur – die immer weiter zusammengekürzt werden – bleiben die Lebenshaltungskosten hoch.

In den Diskussionen um «Tradwives» bzw. «traditionelle» Familienrollen wird zudem ausgeblendet, dass es vor allem Männer sind, die vom Wandel der Rollen profitiert haben. Es ist noch nicht lange her, da fanden es viele Männer peinlich, einen Kinderwagen zu schieben. Entsprechend wenig waren sie als Väter engagiert. Sie blieben Fremde für ihre eigenen Kinder. Soziale Bewegungen wie die Frauenbewegungen haben sich dafür eingesetzt, dass sich das ändert. Denn das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist kein Frauenthema. Ja, es geht darum, Frauen zu entlasten, damit auch sie mehr verdienen und/oder politische Ämter und Aufgaben übernehmen können oder ihre Freizeit genießen können. Aber es geht auch darum, dass auch Männer die Chance erhalten, sich um andere zu kümmern. Niemand bereut am Ende seines Lebens, nicht noch mehr Überstunden gemacht zu haben, aber viele Menschen bereuen, dass sie ihre Kinder verpasst haben, dass sie Freundschaften nicht gepflegt haben, dass sie sich nicht um ihre alternden Eltern ge-

kümmert haben (→ Mythos 5). Politische Forderungen, Sorgearbeit zur Frauensache zu machen oder die Erwerbsarbeitszeit für alle zu erhöhen, sind deshalb Forderungen nach Lebenszeitdiebstahl.

Fazit

Viele Frauen sorgen gern für andere, doch auch viele Männer tun dies gern und auch Männer können das. Soziale Beziehungen sind ein menschliches Grundbedürfnis. Männer von der Sorgearbeit auszuschließen ist deshalb sexistisch. Das Problem ist also nicht die Sorgearbeit, problematisch sind die gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse, die uns davon abhalten oder die uns davon arm werden lassen. Gemeinsam füreinander zu sorgen sollte daher ein Grundprinzip unserer Gesellschaft sein – und zwar für alle!

7

«ES GIBT NUR ZWEI GESCHLECHTER»

«Es gibt biologisch gesehen nur zwei [Geschlechter], nämlich Mann und Frau.»
Karl Nehammer, österreichischer Bundeskanzler,
Heute Online, 30. Januar 2024

Wie wird argumentiert?

In der Biologie gebe es nur zwei Geschlechter. Gesellschaftspolitischer Aktivismus für geschlechtliche Vielfalt sei deshalb eine unsinnige Modeerscheinung. Hinter diesem Trend stecke eine einflussreiche «Genderlobby», deren Ziel es sei, «normale» Menschen und «normale» Familien gesellschaftspolitisch ins Abseits zu drängen.

Auch Frauen müssten vor der «Translobby» geschützt werden. Sie sei schuld daran, dass Frauen, die keine *echten* Frauen seien, Zugang zu Frauenräumen erhielten, was gefährlich sei.

Was ist dran?

Clownfische werden als Männchen geboren. Die Fische leben in einer hierarchischen Gemeinschaft, an deren Spitze das do-

minante Weibchen steht. Stirbt die Anführerin, verwandelt sich eines der Männchen in ein Weibchen und verändert dabei Verhalten, Aussehen und Anatomie. Auch Elefanten und Orkas leben in matriarchal organisierten Gruppen. Bei Seepferdchen und Seenadeln sind es die Männchen, die den Nachwuchs zur Welt bringen und aufziehen. Delfine und Pinguine wiederum gehören zu den Tierarten, die gleichgeschlechtliche Beziehungen eingehen.[45] Diese Beispiele verdeutlichen, dass Geschlecht «von Natur aus» komplex und vielfältig ist.

Das Thema geschlechtliche Vielfalt hat in den letzten Jahren vermehrt gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit erhalten. Doch Menschen jenseits der zweigeschlechtlichen Norm (also männlich und weiblich) hat es schon immer gegeben. In vielen Ländern gibt es jahrhundertealte Bezeichnungen, gesellschaftliche Positionen und Traditionen für Menschen, die ihr angeborenes Geschlecht anpassen oder deren Geschlecht weder männlich noch weiblich ist. Einige Beispiele: Die «Burrnesha» Albaniens wurden als Frauen geboren, nehmen aber rechtlich und sozial eine Männerrolle ein. In Amarete in Bolivien gibt es Bezeichnungen, Positionen und Rollen für zehn Geschlechter. Als «Māhū» werden in der indigenen Bevölkerung Hawaiis Menschen bezeichnet, die sowohl männlich als auch weiblich sind.

Auch die Gewalt, die Menschen erfahren müssen, die den Vorstellungen von «Mann» und «Frau» nicht entsprechen, hat eine sehr lange Geschichte. Trans* und nichtbinäre Personen wurden während der Zeit des Nationalsozialismus staatlich verfolgt.[46] Bis 2018 galten trans* Personen gemäß der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-10) als psychisch krank. Für Homosexualität galt dies bis 1990. Noch bis 2011 mussten sich Menschen, die ihren Geschlechtseintrag in Deutschland anpassen wollten, zwangsweise sterilisieren lassen. 2017 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Gesetzgebung ein «drittes Geschlecht» anerkennen muss. 2018 wurde daher im Personenstandsgesetz die Option «divers» eingeführt. 2021 trat das «Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung» in Kraft. Es verbietet die Durchführung von medizinisch nicht notwendigen Operationen an Kindern, die nicht einwilligungsfähig sind. Kinder ohne eindeutige Geschlechtszuordnung wurden jahrzehnte-

TRANS
PRIDE

lang im Kleinkindalter ohne ihre Zustimmung operiert, um sie der zweigeschlechtlichen Norm anzupassen. Meistens wurde das weibliche Geschlecht gewählt, da der Eingriff medizinisch weniger aufwendig ist. 2024 schließlich trat das «Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag» (kurz Selbstbestimmungsgesetz) in Kraft. Für transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen ist es seitdem einfacher, ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag ändern zu lassen. Diese rechtlichen Verbesserungen sind das Ergebnis von jahrzehntelangem Aktivismus gegen Diskriminierung und der Ausdruck eines beginnenden gesellschaftlichen Wandels, der längst überfällig war – keine «Modeerscheinung».

Trotz dieser Erfolge bleibt viel zu tun. Ein Beispiel: In dem 2024 veröffentlichten «LGBTI-Survey» gaben 16 Prozent der trans* Frauen, acht Prozent der trans* Männer und acht Prozent der nichtbinären Personen an, in den letzten zwölf Monaten Belästigungen und Gewalt erfahren zu haben. Physischen Angriffen waren in den letzten fünf Jahren 32 Prozent der trans* Frauen, 21 Prozent der trans* Männer und 18 Prozent der nichtbinären Personen ausgesetzt.[47]

Dass weniger rechtliche Diskriminierung nur ein erster Schritt in Richtung Emanzipation ist, ist für Feminist*innen nichts Neues. Feminist*innen wissen auch: Nur gemeinsam sind wir stark! Daher stimmt es nicht, dass Aktivismus für geschlechtliche Vielfalt *dem* Feminismus schaden würde – im Gegenteil. Alle haben ein gemeinsames Ziel: ein selbstbestimmtes Leben jenseits geschlechtlicher Normierung führen zu können. Je mehr Menschen sich dafür einsetzen, umso besser für alle.

Gleichzeitig muss ganz klar gesagt werden: Das Ziel von sozialen Bewegungen ist es nicht, sich nur für die eigene Gruppe einzusetzen, sondern die Situation für alle, die Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind, zu verbessern. Das geht nur, wenn wir einander zuhören und ernst nehmen. Es ist nicht schlimm, noch nicht viel über das Thema geschlechtliche Vielfalt zu wissen. Schlimm ist es, nichts wissen zu wollen und gleichzeitig andere abzuwerten. Die Behauptung von einigen Feminist*innen, trans* Frauen seien eine Gefahr in Frauenräumen,[48] ist absurd. Feminist*innen wissen: Der gefährlichste Ort für Frauen ist eine

heterosexuelle Beziehung. Die Polizeilichen Kriminalstatistiken der letzten Jahre sprechen eine klare Sprache: 90 Prozent der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung werden von Männern verübt (→ Mythos 2). Auch die Behauptung, trans* Frauen seien keine *echten* Frauen, ist falsch und abwertend. Sehr zugespitzt lässt sich sagen: Feminist*innen, die sich weigern, trans* Frauen als Frauen anzuerkennen, weil sie nicht ihren eigenen Vorstellungen vom Frau-Sein entsprechen, verhalten sich wie Männer, die behaupten, *echte* Frauen wollen Hausfrau und Mutter sein (→ Mythos 6).

Fazit

Soziale Bewegungen fordern uns dazu auf, uns mit tradierten Vorstellungen und Überzeugungen kritisch auseinanderzusetzen – das ist mitunter anstrengend. Aber wenn wir uns gemeinsam für eine gerechtere Welt für alle einsetzen möchten, dann müssen wir diese Arbeit gemeinsam angehen. So wie feministische Errungenschaften auch Männern nützen, so profitieren wir alle davon, wenn wir die angebliche «Natürlichkeit» der zwei Geschlechter infrage stellen, die uns alle auf die eine oder andere Art einengt.

8

«SELBST SCHULD, WENN DU EINEN KURZEN ROCK TRÄGST!»

«Leider gibt es viel zu viele (Frauen), die genau das provozieren und damit kokettieren.»
Leiter einer Kriminaldienststelle, Instagram, Oktober 2025[49]

Wie wird argumentiert?

Der beste Schutz gegen sexualisierte Gewalt sei, diese Gewalt nicht zu provozieren. Frauen müssten dafür Verantwortung übernehmen. Sie sollten zum Beispiel keine körperbetonte Kleidung tragen, nicht nachts allein nach Hause gehen oder betrunken sein. Frauen, die diese Vorsichtsmaßnahmen nicht befolgten, seien selbst schuld, wenn ihnen Gewalt widerfahre.

Von Männern könne nicht erwartet werden, dass sie keine sexualisierte Gewalt ausübten, da Männer sich «naturbedingt» schlecht beherrschen könnten.

Was ist dran?

Es ist nachvollziehbar, dass Menschen sich selbst und andere vor sexualisierter Gewalt schützen wollen. Ratschläge und Verhaltensvorschriften, die an die Verantwortung von Frauen appellieren, versuchen im Kern genau das. Das grundsätzliche und gravierende Problem bei diesen Ratschlägen ist aber, dass sie auf einem bestimmten Erklärungsmodell für sexualisierte Gewalt fußen, das sachlich falsch und gefährlich ist. Es gibt keine einzige Studie, die belegt, dass Hotpants oder andere Kleidungsstücke sexualisierte Gewalt verursachen, aber viele Studien, die belegen, dass Menschen das fälschlicherweise denken. Die Forschung spricht hier von «Vergewaltigungsmythen».[50] Dass es diese wissenschaftlichen Studien überhaupt gibt, haben wir den Frauenbewegungen zu verdanken. Es war und ist ein zentrales Anliegen dieser sozialen Bewegungen aufzuzeigen, dass bestimmte Erklärungsmuster für Gewalt Einfluss darauf haben, ob Opfer als solche gesehen werden oder eben nicht.

Ein Beispiel: 2016 wurde der «Nein heißt Nein»-Grundsatz gesetzlich verankert. Zuvor war festgelegt, dass es sich nur dann um eine Vergewaltigung handelt, wenn «Gewalt» angewendet worden war. Opfer mussten entsprechend nachweisen, dass sie sich körperlich gegen einen Übergriff gewehrt hatten. Aktivist*innen haben sich für eine Änderung eingesetzt. Nun ist der «für Dritte erkennbare Wille» der betroffenen Person ausschlaggebend.

Eines der wirkungsmächtigsten Erklärungsmuster für sexualisierte Gewalt nimmt das Handeln des Opfers als Ursache für die Gewalt in den Fokus. Die Gewalt des Täters oder der Täterin werde durch die gewaltbetroffene Person «ausgelöst», etwa durch körperbetonte Kleidung – so die Annahme. Doch das ist falsch. In der Ausstellung «Was ich anhatte» werden die völlig unterschiedlichen Kleidungsstücke gezeigt, die Betroffene anhatten, als ihre sexuelle Selbstbestimmung verletzt wurde.[51] So wird deutlich: Kleidung kann nicht vor Gewalt schützen. Diese Bot-

schaft ist sehr wichtig. Denn die Behauptung, Hotpants, Leggings oder andere Kleidungsstücke würden Vergewaltigungen «provozieren», sucht die Schuld bei den Betroffenen. Dadurch muss die Person, die die Grenzen missachtet und verletzt hat, keine Verantwortung übernehmen.

Wegen dieser Schuld-Umkehr wird dieses Erklärungsmuster auch *victim-blaming* (engl. für Opfer-Beschuldigung) genannt. Es führt nicht nur dazu, dass Betroffene erneut verletzt und missachtet werden, sondern auch dazu, dass sie nicht die Hilfe und Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Daher ist es sehr wichtig, auch öffentlich immer wieder aufs Neue klarzustellen, dass Betroffene von Gewalt keine Schuld trifft – ganz egal was sie anhatten oder wie sie sich verhalten haben. Das chilenische feministische Kollektiv Las Tesis hat 2019 in seiner Protestperformance «Un violador en tu camino» (dt.: Ein Vergewaltiger auf deinem Weg) genau das klargemacht. Im Refrain heißt es: *«Y la culpa no era mía, ni donde estába, ni como vestía»* (dt.: Es war nicht meine Schuld, egal wo ich war und was ich anhatte).[52]

Vor allem Personen, die beruflich mit Gewaltbetroffenen zu tun haben, wie beispielsweise Polizist*innen, Lehrkräfte oder Ärtz*innen, müssen darauf hingewiesen werden, wenn sie falsche Erklärungsmuster für Vergewaltigungen heranziehen und verbreiten. Diese Aufklärungsarbeit muss auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Dies gilt auch und ganz besonders für Männer. Sie müssen mehr mit anpacken. Denn sexualisierte Gewalt ist kein Frauenthema, sondern ein Männerthema!

Die überwiegende Mehrheit der sexualisierten Gewalt wird von Männern ausgeübt. Doch bedeutet dies im Umkehrschluss nicht, dass Männer «naturbedingt» nicht dazu in der Lage wären, sexuelle Selbstbestimmung zu respektieren. Diese Behauptung stellt Männer als unbeherrschte Wesen dar, die sich nicht im Griff haben, und wertet sie ab. Aber sie schützt auch die Täter, weshalb manche Männer dieses negative Männerbild billigend in Kauf nehmen, um keine Verantwortung übernehmen zu müssen. Gleichzeitig zeigen sich Männer empört, wenn Frauen Männern im Allgemeinen unterstellen, Vergewaltiger zu sein, schließlich sind nicht *alle* Männer so – so der Vor-

wurf. Im Jahr 2024 gab es unter anderem auf der Plattform TikTok viele Videos, in denen Frauen gefragt wurden, ob sie lieber mit einem Mann oder einem Bären allein im Wald wären. Viele entschieden sich für den Bären mit der Begründung, dass ein Bär sie nicht vergewaltigen würde. Sehr viele Männer wiederum zeigten sich empört, dabei ist diese Antwort nur die logische Schlussfolgerung aus den Forderungen an Frauen, Männer nicht zu «provozieren».

Fazit

Es ist nicht die Aufgabe von Frauen, sexualisierte Gewalt nicht zu «provozieren». Es ist die Aufgabe von Männern, sexuelle Selbstbestimmung zu respektieren. Die Verantwortung für Übergriffe bei den Opfern zu suchen entlastet die Täter*innen. Betroffene sollten darauf zählen können, dass wir uns mit ihnen solidarisieren, ihnen Empathie entgegenbringen und sie nach Möglichkeit unterstützen. Sich gemeinsam für eine Welt einzusetzen, in der es weniger Gewalt gibt, gelingt nur, wenn wir aufhören, Täter von ihrer Verantwortung für ihr Handeln freizusprechen. Wer behauptet, Männer seien «naturbedingt» nicht dazu in der Lage, sexuelle Selbstbestimmung zu akzeptieren, müsste im selben Atemzug konsequent fordern, sie aus der Gesellschaft auszuschließen, sie stellen schließlich eine unverbesserliche Gefahr für die Allgemeinheit dar.

9

«WENN FRAUEN WOLLEN, SCHAFFEN SIE ALLES!»

«Ich verdiene Geld mit dem, was ich will. Und zwar auch in Männerdomänen. […] Eigentlich müssten mir die Feministinnen die Füße küssen.»
Sophia Thomalla, Influencerin, *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 20. Dezember 2021

Wie wird argumentiert?

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sei längst erreicht, denn es gebe keine rechtliche Diskriminierung mehr. Daher seien auch keine politischen Maßnahmen nötig, die

Gleichberechtigung fördern – gute Leute würden sich immer durchsetzen. Frauen, denen das nicht gelänge, seien nicht *tough* genug und müssten sich mehr ins Zeug legen. Hauptziel des Feminismus sei es doch, dass es möglichst viele Frauen an die Spitze schaffen. Es sei deshalb unverständlich, warum manche Feminist*innen erfolgreiche Frauen kritisierten, anstatt sie sich zum Vorbild zu nehmen und sich selbst mehr anzustrengen.

Was ist dran?

Es stimmt, beruflicher Erfolg ist auch von individuellen Fähigkeiten abhängig, wie etwa Durchsetzungsfähigkeit. Doch der Weg an die Spitze ist vor allem durch Begünstigungsstrukturen geprägt. Ein Beispiel: Im Jahr 2023 waren 55 Prozent der Abiturient*innen Frauen. Unter den Schüler*innen, die eine Klasse wiederholen mussten, lag der Anteil der Mädchen bei 44 Prozent. 53 Prozent der Hochschulabsolvent*innen waren 2023 Frauen. Die Quote der nicht bestandenen Studienabschlussprüfungen war bei Männern mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen.[53] Trotzdem lag der Frauenanteil an den Promovierenden 2024 nur noch bei 46 Prozent, bei den Habilitationen nur noch bei 36 Prozent. 2024 waren 70 Prozent der Professuren mit Männern besetzt.[54]

Natürlich wollen nicht alle Frauen (oder Männer) eine (akademische) Karriere machen – doch der Anteil der Männer an allen Schlüsselpositionen in der Gesellschaft ist auffällig hoch und mit individuellen Präferenzen allein nicht zu erklären. Einige Beispiele: 64,3 Prozent der Führungspositionen in den obersten Landesbehörden waren 2024 mit Männern besetzt.[55] Laut der Auswertung des Vereins ProQuote Medien lag der Männeranteil in den Redaktionen von Regionalzeitungen 2020 bei rund 82 Prozent.[56] Der Anteil der Männer an Führungspositionen in deutschen Leitmedien machte 2025 rund 62 Prozent aus.[57] Der Georg-Büchner-Preis, einer der wichtigsten Literaturpreise, wird seit 73 Jahren verliehen. Er ging 59 Mal an einen Mann. Der Deutsche Buchpreis wird seit 20 Jahren verliehen. Er ging 17 Mal an einen Mann. Der Männeranteil im Bundestag liegt aktuell bei rund 70 Prozent. Der Frauenanteil in der CDU liegt bei 22,6 Prozent, der in der CSU bei 25 Prozent. Nur 11,8 Prozent der Bundestagsabgeordneten der AfD sind Frauen. Bei der SPD hingegen liegt der Frauenanteil bei 41,7 Prozent, bei der Linken

bei 56,2 Prozent und bei Bündnis 90/Die Grünen bei 61,2 Prozent.[58] Die Aufsichtsräte der größten deutschen Börsenunternehmen waren 2025 zu 63 Prozent mit Männern besetzt, so die Auswertung der Initiative FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte).[59] Der Männeranteil im Vorstand der 182 umsatzstärksten Unternehmen lag 2025 bei 80 Prozent.[60]

Zugespitzt lässt sich also sagen: Wenn es um die wichtigsten Positionen geht, dann bleiben Männer gern unter sich. Die Allbright Stiftung nennt das den «Thomas-Kreislauf»: 2017 gab es mehr Vorstandsvorsitzende, die Thomas oder Michael hießen (49 Personen), als es insgesamt Frauen gab (46 Personen).[61] Thomas ist nach wie vor der häufigste Name unter deutschen Vorständen. Auch hinsichtlich Alter, Herkunft und Ausbildung ist die Homogenität weiterhin sehr groß.[62]

Einer der Gründe dafür, warum Frauen in Spitzenpositionen fehlen, ist, dass es vor allem Frauen sind, die ihre Lohnarbeit reduzieren, um sich der Kindererziehung und/oder der Pflege von Angehörigen zu widmen. Laut Statistischem Bundesamt lag die Teilzeitquote im Jahr 2024 unter Frauen bei 49 Prozent, während nur zwölf Prozent der Männer in Teilzeit arbeiteten.[63] Die höhere Teilzeitquote ist auch einer der Gründe für ein niedriges Gehalt. Aktuell verdienen Frauen pro Stunde durchschnittlich 16 Prozent weniger als Männer.[64] Dieser Gehaltsunterschied wird als Gender Pay Gap bezeichnet. Frauen machen also sogenannte Sorgearbeit auf Kosten ihrer Karriere und ihres Gehalts (→ Mythos 6).[65] Oder anders formuliert: Männer machen Karriere auf Kosten von Frauen – aber auch auf Kosten ihrer Kinder, ihrer alternden Eltern und damit auf Kosten ihrer sozialen Beziehungen. Der Fokus auf Karriere macht Männer damit einsame Spitze (→ Mythos 5).

Doch selbst, wenn Frauen versuchen, «wie Männer» Karriere zu machen, stoßen sie auf Hindernisse. Eines davon ist, dass das Verhalten von Menschen je nach Geschlecht unterschiedlich beurteilt wird. So werden zum Beispiel kurze Elternzeiten bei Frauen negativ bewertet, lange ebenfalls. Bei Männern nicht.[66] Manche Männer erschaffen und verteidigen Männerrunden – und damit eine Begünstigungsstruktur, die ihnen nützt – aggressiv. In einer Umfrage gaben 40 Prozent der befragten Politi-

kerinnen an, bereits sexuell belästigt worden zu sein.[67] Auch im Wissenschaftsbetrieb oder im medizinischen Umfeld müssen sich Frauen gegen Sexismus und sexuelle Belästigung wehren.[68] In einem stark von Wettkampf und Konkurrenz geprägten Umfeld wie der Politik und der Wissenschaft übernehmen Sexismus und sexuelle Belästigung die Rolle eines Platzanweisers: Männer sind handelnde, kompetente Subjekte, Frauen sexuelle Objekte – so die Botschaft.

Es gibt Frauen, die sich auch in einem männerdominierten Umfeld durchsetzen können – die Politikerin Alice Weidel (AfD) ist hierfür ein anschauliches Beispiel. Es besteht kein Zweifel daran, dass Frau Weidel *tough* ist. Frauen wie sie oder die Influencerin Sophia Thomalla haben beruflich viel in Männerdomänen erreicht. Beide haben sich in der Vergangenheit sehr negativ und abwertend über Feminismus geäußert. Dieser Antifeminismus ist einer der Gründe dafür, warum sie sich unter antifeministischen Männern durchsetzen konnten. Sie sind gleichzeitig ein anschauliches Beispiel dafür, dass eine Partei, eine Firma oder eine Organisation nicht automatisch «feministisch» wird, nur weil eine Frau an ihrer Spitze steht.

Fazit

Beruflicher Erfolg ist nicht nur eine Frage individueller Kompetenz und Leistungsbereitschaft. Sondern in erster Linie von Begünstigungsstrukturen. Zu diesen Begünstigungsstrukturen gehört, dass Männer aufgrund ihres Geschlechts als der «richtige Mann für den Job» gelten, während Frauen erst beweisen müssen, ob sie «ihren Mann stehen können». Dazu gehört auch, dass manche Männer sexuelle Belästigung einsetzen können, um «unter sich» bleiben zu können. Es ist ein wichtiges feministisches Anliegen, diese Begünstigungsstrukturen aufzubrechen. Dabei ist nicht nur die Frage zu klären, weshalb es so wenige Frauen in Schlüsselpositionen in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft gibt, sondern auch zu fragen: Warum tun Männer sich das an? Karrieren in Politik, Wissenschaft oder Wirtschaft sind oftmals von Konkurrenz und Aggression geprägt. Sie lassen keine Zeit für Familie, Freundschaften und Beziehungen. Daher machen wir die Welt menschenfreundlicher, wenn wir sie frauenfreundlicher machen.

Also meiner Meinung nach braucht der Feminismus ...
Ich stimme dir voll und ganz zu!

10

«WER FÜR FRAUENRECHTE IST, KANN NICHT SEXISTISCH SEIN»

«Sie meinen also allen Ernstes, dass man Feminist sein muss, um sich für gleiche Rechte für alle Beteiligten einzusetzen?! Das halte ich für übertrieben.»
Wolfgang Kubicki (FDP), *Stern,* 4. Dezember 2019

Wie wird argumentiert?

Wer sich für Gleichberechtigung und gegen Sexismus ausspreche, könne kein Sexist sein! Feministinnen müssten lernen, nicht überall Diskriminierung zu sehen, sondern Dinge auch mal mit Humor zu nehmen. Nicht jeder Flirt sei gleich Sexismus. Sexistisch verhielten sich nur die, die sich für Frauenfeindlichkeit aussprächen. Rechtsextreme zum Beispiel.

Was ist dran?

Sich gegen Sexismus und für Gleichberechtigung zu positionieren ist eine starke soziale Norm. Sogar extrem Rechte behaupten, dass nicht sie, sondern stets die anderen (sprich: Fremde) die echten Sexisten seien (→ Mythos 2). Daher ist es nachvollziehbar, dass Menschen sich gegen den Vorwurf wehren, sexistisch gehandelt zu haben. Wir alle wollen ein positives Bild von uns selbst erhalten, wir alle haben schlechte Erfahrungen damit gemacht, beschämt zu werden, wenn wir Fehler machen.

Unser Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ist hierfür ein gutes Beispiel: Nach seinem Wahlsieg 2025 besetzte er alle Schlüsselpositionen wie das Verteidigungs-, Finanz-, Innen- und Außenministerium mit Männern. Auf die Frage, ob diese Besetzungspolitik darauf schließen lasse, dass der Kanzler kein Vertrauen in Frauen habe, antwortete der stellvertretende Regierungssprecher Sebastian Hille, dass Merz nicht sexistisch gehandelt haben könne, da er eine Frau und Töchter habe.[69]

Doch Töchter respektive eine Ehefrau zu haben heißt nicht, dass man respektvoll mit Frauen umgehen kann. Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl hatte Merz im Oktober 2024 in einem Interview deutlich gemacht, dass er von einer geschlechterpari-

tätischen Besetzung seines Kabinetts überhaupt nichts hält. Eine gleichmäßige Verteilung der Posten zwischen Männern und Frauen könne zu «krassen Fehlbesetzungen» führen. Als Beispiel hierfür nannte er die ehemalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD), die während ihrer Amtszeit vielfach kritisiert wurde, unter anderem für ihre wenig taktvolle Außenkommunikation.[70] Merz stellte so einen Zusammenhang zwischen dem politischen Scheitern einer Politikerin und Gleichstellungsmaßnahmen im Allgemeinen her. Damit bekräftigte er das Vorurteil, dass Quotierungen dazu führen würden, dass wichtige Ämter mit unfähigen Frauen besetzt würden.

Doch auch Männer scheitern politisch, und das mitunter spektakulär. Im November 2013 versicherte zum Beispiel der damalige Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) im Interview mit der *Welt*, dass 2015 mit der technischen Umsetzung einer Pkw-Maut für ausländische Fahrende begonnen werden könne. Im Juni 2015 leitete die EU-Kommission ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein, doch Dobrindt hielt an seinen Plänen fest. 2019 bestätigte der Europäische Gerichtshof, dass die geplante Maut rechtswidrig ist. So entstand ein Schaden von über 200 Millionen Euro. Heute ist Dobrindt Innenminister im Kabinett von Friedrich Merz. Der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) steht im Verdacht, mit dem Kauf von Masken während der Corona-Pandemie Steuergelder in Milliardenhöhe verschwendet zu haben. Ihm wird vorgeworfen, die Masken zu stark überhöhten Preisen bei CDU-nahen Unternehmen gekauft zu haben. Ein Bericht hierüber lag dem Gesundheitsministerium im Januar 2025 vor. Im Mai 2025 wurde Spahn CDU-Fraktionsvorsitzender.

Das politische Scheitern dieser Männer führte Merz – wie viele andere – nicht auf deren Geschlecht zurück. Und ihr Scheitern wirkte sich auch nicht negativ auf ihre politische Karriere aus – dafür sind die Begünstigungsstrukturen zu stabil (→ Mythos 9). Merz' Beteuerungen, dass er Gleichberechtigung wichtig findet, nützen nichts, wenn seine politischen Entscheidungen Begünstigungsstrukturen für Männer aufrechterhalten. Während Frauen in der Politik gegen das Vorurteil ankämpfen müssen, aufgrund ihres Geschlechts ungeeignet zu sein, genießen Männer aufgrund ihres Geschlechts eine Art Vertrauensvorschuss.

Diese verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre ist keinesfalls eine Eigenheit konservativer oder rechter Politiker*innen. Einige Beispiele: 2024 berichtete die *taz* über sexuellen Missbrauch an Jugendlichen in den 1990er-Jahren im Umfeld der Berliner Antifa.[71] 2020 deckte eine NDR-Reportage auf, dass auf den Dixi-Toiletten beim Festival «Monis Rache» wiederholt Kameras installiert worden waren. Die Aufnahmen verkaufte der Täter, der politisch links aktiv war, auf Pornowebsites.[72] Und auch jenseits gravierender Grenzüberschreitungen können viele Linke ein genervtes Lied vom alltäglichen «Gemackere» mancher Genossen singen. Deshalb muss klar gesagt werden: Wer von sich selbst behauptet, Feminismus zu unterstützen, gleichzeitig aber zum Beispiel politische Sitzungen mit Monologen dominiert und Kritik am eigenen Redeverhalten oder den Vorschlag einer paritätischen Redeliste abbügelt, drückt sich vor der feministischen Arbeit. Aber es gibt zu viel zu tun, als dass nicht alle mit anpacken müssten.

Fazit

Die schlechte Nachricht ist: Wenn wir wollen, dass sich etwas ändert, müssen wir etwas tun. Sich verbal gegen Diskriminierungen zu positionieren ist ein wichtiger erster Schritt. Doch davon, dass wir sagen, dass wir gegen Sexismus, Rassismus, Trans- oder Queerfeindlichkeit sind, wird die Welt noch nicht gerechter. Wir müssen uns für die und gemeinsam mit den Betroffenen für Veränderungen einsetzen. Das geht nur, wenn wir einander zuhören, Betroffenen glauben, uns reflektieren, wertschätzend diskutieren, uns wohlwollend mit Kritik auseinandersetzen und anfangen, unser eigenes Verhalten zu ändern. Sind wir nicht dazu bereit, unseren Beitrag zu leisten, dann sind unsere Bekundungen gegen Diskriminierungen nichts weiter als Lippenbekenntnisse. Es ist schwer und es ist unbequem, das eigene Verhalten zu ändern. Es gehört dazu, Fehler zu machen. Und es ist wichtig, dass wir dabei mit uns selbst und mit anderen wertschätzend umgehen. Aber es ist nicht möglich, die Welt im Stillstand zu verändern – wir müssen uns in Bewegung setzen, um etwas zu bewegen, und zwar alle. Und das ist die gute Nachricht: Wir müssen die Welt nicht so akzeptieren, wie sie ist – wir können sie gemeinsam verändern. Gehen wir es an!

Anmerkungen

1 Arps, Jan Ole/Tügel, Nelli: Ausgeliefert. DHL, Amazon Hermes & Co. Wachstum, Arbeitsbedingungen und Kämpfe in einer boomenden Branche, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2024, www.rosalux.de/publikation/id/51897
2 Wer einen niedrigschwelligen Einstieg ins Thema Flucht und Migration sucht, findet ihn in dem Online-FAQ der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Migration: ‹Die Mutter aller Probleme›? Fragen und Antworten zu Flucht und Einwanderung», www.rosalux.de/faq-migration
3 Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz, www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz
4 Das Gesetz gilt seit Dezember 2000, www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayAGO-28
5 Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.): Kirchliche Statistik der Bistümer in Deutschland, Jahreserhebung 2024, Ländertabelle, Stand 27.3.2025, Bonn 2025, www.dbk.de/kirche-in-zahlen/kirchliche-statistik
6 Duwe, Silvio/Humbs, Chris/Pohl, Markus: Lehrerinnen und Lehrer unter Druck, Tagesschau Online, 11.11.2025, www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-schulen-einflussnahme-100.html
7 Dudley, Michaela: Wenn Bücher verboten werden, Belltower News, 22.6.2023, www.belltower.news/brennpunkt-autodafe-wenn-buecher-verboten-werden-150477; Oellig, Tobias: Aus den Regalen, aus dem Sinn, Amnesty Journal, 20.8.2023, www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/vereinigte-staaten-von-amerika-buchzensur-rassismus-lgbti-amanda-gorman-aus-den-regalen-aus-dem-sinn
8 Bundeszentrale für politische Bildung: Die soziale Situation in Deutschland, 16.8.2020, www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland
9 Kubitza, Eva: Warum sexualisierte Gewalt nicht angezeigt wird. Eine kognitionspsychologische Untersuchung, Gießen 2023.
10 Merz will Äußerung nicht zurücknehmen – «im Gegenteil», Tagesschau Online, 20.10.2025, www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-cdu-strategieklausur-100.html
11 Frauenhauskoordinierung e. V.: Bundesweite Frauenhaus-Statistik 2023, Berlin 2024, www.frauenhauskoordinierung.de/publikationen/frauenhaus-statistik
12 Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig/Fakultät Architektur und Sozialwissenschaften: Biografische und räumliche Erfahrungswelten häuslicher Gewalt (2019–2020), Forschungsprojekt, Stand 28.4.2025, https://fas.htwk-leipzig.de/forschung/projekte/erfahrungswelten-haeuslicher-gewalt
13 Frauenhauskoordinierung e. V.: Bundesweite Frauenhaus-Statistik 2023.
14 Vgl. u. a. das Internet-Portal der Unabhängigen Kommission des Bundes zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs: www.aufarbeitungskommission.de/themen-erkenntnisse/kirchen
15 bff – Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe/Frauen gegen Gewalt e. V.: Femizide verhindern. Effektiver Schutz für hochgefährdete Betroffene häuslicher Gewalt – Fallbeispiele und notwendige Maßnahmen, Berlin 2024, www.frauen-gegen-gewalt.de/de/broschueren-und-buecher/femizide-verhindern.html; Dyroff, Merle/Pardeller, Marlene/Wischnewski, Alex: #keinemehr. Femizide in Deutschland, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2020, www.rosalux.de/publikation/id/43257
16 bff – Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe u. a.: Gegen eine Instrumentalisierung durch Rechtspopulist*innen, Positionspapier von Fachberatungsstellen zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, Berlin 2019, www.frauen-gegen-gewalt.de/de/studien-und-positionspapiere/positionspapier-von-fachberatungsstellen-zu-sexualisierter-und-geschlechtsspezifischer-gewalt.html
17 Toolkits gibt es unter: www.transformativejustice.eu/wp-content/uploads/2018/11/toolkit4-print-1.pdf. Einen Leitfaden gibt es auch hier: www.die-linke.de/partei/leitfaden und hier www.whatreallymakesussafe.com/#/home
18 Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit: Das Christentum und die Organspende, o. D., www.organspende-info.de/erfahrungen-und-meinungen/religionen/christentum
19 Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand (Hrsg.): Organspende. Die Vertrauenslösung, Berlin 2019, https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2020/05/afd_btf_ak_gesundheit_organspende_broschuere_digitale_version.pdf
20 Der Verein Doctors for Choice setzt sich für eine Verbesserung der medizinischen Aus- und Weiterbildung zu Schwangerschaftsabbrüchen ein und bietet u. a. Fortbildungen an: https://doctorsforchoice.de
21 Hochschule Fulda u. a.: Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer. Angebote der Beratung und Versorgung (ELSA), Abschlussbericht, Fulda u. a. 2024, https://elsa-studie.de
22 Hänel, Kristina: Das Politische ist persönlich. Tagebuch einer Abtreibungsärztin, Hamburg 2019.
23 Eine ausführliche Analyse der gezielten Diffamierungskampagne liefert der politische Thinktank Polisphere: www.polisphere.eu/aktuelles/die-causa-brosius-gersdorf
24 Union empört über Vorstoß zu Schwangerschaftsabbruch, Tagesschau Online, 15.11.2024, www.tagesschau.de/inland/schwangerschaftsabbruch-legalisierung-union-100.html

25 BMBSFJ (Hrsg.): Meinungsbild zur reproduktiven Selbstbestimmung und Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche. Grundlage: Repräsentative Bevölkerungsbefragung im März und April 2024 in der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren, www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/246478/9b685f150c5734ef76efa909234f9285/umfrage-reproduktive-selbstbestimmung-data.pdf

26 Sozialdienst muslimischer Frauen (SmF-Bundesverband): Stellungnahme für die Kommission für reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, Köln 2023, www.smf-verband.de/wp-content/uploads/2023/10/20231010_Stellungnahme_Schwangerschaftsabbruch_SmF.pdf

27 Statistisches Bundesamt: Suizide, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Todesursachen/Tabellen/suizide.html

28 Transformation von Männlichkeitsorientierungen und berufsbezogenen Einstellungen im Kontext depressiver Erkrankungen bei Männern (Laufzeit: 2022–2025). Die Ergebnisse sind online zu finden unter: https://oparu.uni-ulm.de/server/api/core/bitstreams/5efee080-2cad-4572-8d3d-d7a565239593/content

29 Spezifische Angebote zur Unterstützung sind u. a. hier recherchierbar: www.echte-maenner-reden.de

30 Griessmeier, Kerstin u. a.: TK-Einsamkeitsreport 2024, hrsg. von der Techniker Krankenkasse, Hamburg 2024, www.tk.de/resource/blob/2186830/73239d0d1b389491c47f1bf7960ed254/2024-tk-einsamkeitsreport-data.pdf

31 Schobin, Janosch/Arriagada, Céline/Gibson-Kunze, Martin: Einsamkeitsbarometer 2024. Langzeitentwicklung von Einsamkeit in Deutschland, hrsg. vom BMBFSFJ Berlin 2024, www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/240528/5a00706c4e1d60528b4fed062e9debcc/einsamkeitsbarometer-2024-data.pdf

32 Steinmayr, Ricarda/Schmitz, Miriam/Luhmann, Maike: Wie einsam sind junge Erwachsene im Jahr 2024?, Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2024, www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/wie-einsam-sind-junge-erwachsene-im-jahr-2024

33 Glaser, Enrico/Lochau, Lea: (R)echte Männer und Frauen. Analysen zu Geschlecht und Rechtsextremismus, Berlin 2024, www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/06/Echte-Maenner-Netz-FINAL.pdf

34 Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): «Was ein rechter Mann ist …». Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin 2010, www.rosalux.de/publikation/id/4539

35 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 073, 28.3.2024, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_073_63991.html

36 Jansen, Andreas/Kümmerling, Angelika: Spannungsfeld Vereinbarkeit, Gütersloh 2025, www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/spannungsfeld-vereinbarkeit-elternzeitpraeferenzen-und-vereinbarkeitswuensche-von-frauen-und-maennern-1

37 Bundeszentrale für politische Bildung: Gleichberechtigung wird Gesetz, www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/271712/gleichberechtigung-wird-gesetz

38 Geis-Thöne, Wido: 300.000 Kitaplätze für unter Dreijährige fehlen. Eine Betrachtung der Entwicklung von Bestand und Bedarf an Betreuungsplätzen, IW-Report 40/2024, www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-Kital%C3%BCcke2024.pdf

39 Menne, Sarah/Funcke, Antje: Alleinerziehende in Deutschland. Factsheet, Gütersloh 2024, www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/juni/trotz-arbeit-haben-alleinerziehende-noch-immer-das-hoechste-armutsrisiko

40 Einen niedrigschwelligen Überblick gibt: Wenzel, Cornelia: Arbeiterinnenbewegung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, 12.3.2022, www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/arbeiterinnenbewegung-im-spaeten-19-und-fruehen-20-jahrhundert

41 Beckmann, Karin: Zerstörte Hoffnungen, neue Herausforderungen. Die Erwerbssituation ostdeutscher Frauen in den frühen 1990er-Jahren, 23.1.2020, www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/zerstoerte-hoffnungen-neue-herausforderungen-die-erwerbssituation-ostdeutscher-frauen

42 Scharfe, Simone/Schröder, Leonie/Schüßler, Klaus: Niedriglöhne, 6.11.2024, www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553156/niedrigloehne

43 Vgl. beispielhaft Grabka, Markus M./Göbler, Konstantin: Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte?, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2020, www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/der-niedriglohnsektor-in-deutschland-all

44 Dotti Sani, Giulia M./Treas, Judith: Educational Gradients in Parents' Child Care Time across Countries, 1965–2012, in: Journal of Marriage and Family 4/2016, S. 1083–1096.

45 Einen niedrigschwelligen Überblick gibt: Davis, Josh L.: Queer. Sex und Geschlecht in der Welt der Tiere und Pflanzen, aus dem Engl. übers. von Monika Niehaus, Bern 2025. Wissenschaftlich wegweisend: Ainsworth, Claire: Sex redefined, in: Nature 518, 2015, S. 288–291; Voss, Heinz-Jürgen: Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch medizinischer Perspektive, Bielefeld 2010.

46 Einen niedrigschwelligen Überblick gibt das Dossier «Anderssein verboten. Die Geschichte queerer Personen in Deutschland», hrsg. von Arolsen Archives, www.arolsen-archives.org/dossiers/die-geschichte-queerer-personen-in-deutschland

47 Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (Hrsg.): LGBTIQ Equality at a Crossroads. Progress and Challenges, Wien 2024, www.fra.europa.eu/en/publication/2024/lgbtiq-equality-crossroads-progress-and-challenges#publication-tab-0

48 Diese Form des Feminismus wird als «TERF» bezeichnet und steht für «Trans Exclusionary Radical Feminist», also engl. für «trans-ausschließender radikaler Feminismus». Die Abkürzung FLINTA steht für den gegenteiligen feministischen Ansatz. Sie setzt sich zusammen aus: Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans* und agender Personen. Durch die Verwendung soll bei Räumen oder Veranstaltungen verdeutlicht werden, dass hier ein solidarisch feministischer Ort geschaffen wird.

49 Amjahid, Mohamed: Victim Blaming bei Belästigung, taz Online, 21.10.2025, https://taz.de/Victim-Blaming-Selber-schuld-schreibt-der-Kriminaldirektor-auf-Instagram/!6122269

50 Bohner, Gerd: Vergewaltigungsmythen. Sozialpsychologische Untersuchungen über täterentlastende und opferfeindliche Überzeugungen im Bereich sexueller Gewalt, Landau 1998.

51 Informationen zur Ausstellung unter: www.wasichanhatte.de

52 Performance colectivo Las Tesis «Un violador en tu camino», YouTube-Kanal Colectivo Registro Callejero, 26.11.2019, www.youtube.com/watch?v=aB7r6hdo3W4&ab_channel=ColectivoRegistroCallejero

53 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. N014, 3.4.2025, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/04/PD25_N014_212.html

54 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 442, 9.12.2025, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/12/PD25_442_213.html

55 Frauenanteil in Führungspositionen in den obersten Landesbehörden, in: BMBFSFJ (Hrsg.): Digitaler Gleichstellungsatlas, Berlin 2024, www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/online-rechner/gleichstellungsatlas?indikator=Fuehrungspositionen-obersten-Landesbehoerden

56 Garmissen, Anna von/Biresch, Hanna: Männerdomäne. Regionalpresse: Wo bleiben die Führungsfrauen? Eine qualitative Studie zu Machtbeteiligung und Aufstiegschancen von Journalistinnen bei Lokal- und Regionalzeitungen, hrsg. von ProQuote Medien e. V., Hamburg 2021, www.pro-quote.de/wp-content/uploads/2021/02/Proquote_Online-Interviewstudie.pdf

57 Biresch, Hanna/Busch, Tanja/Radziwill, Sophie/Ott, Helena: Wo Frauen führen. Eine Studie zur Geschlechterverteilung von Führungspositionen in deutschen Medienhäusern, hrsg. von ProQuote Medien, Hamburg 2025, www.pro-quote.de/wp-content/uploads/2025/11/ProQuote-Studie-2025.pdf

58 Deutscher Bundestag (Hrsg.): Abgeordneten-Statistik: Der neue Bundestag in Zahlen, 2025, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw09-wahlergebnis-statistik-1055550

59 Seit 2016 sind diese Firmen zu einer Frauenquote von 30 Prozent verpflichtet.

60 Schulz-Strelow, Monika/Struwe, Matthias: Women on Board Index. Frauenanteil in Führungspositionen der im DAX, MDAX, SFAX sowie der im regulierten Markt notierten, paritätisch mitbestimmten Unternehmen, hrsg. von Frauen in die Aufsichtsräte e. V. (FidAR), Berlin 2025, www.wob-index.de/wob185.html

61 Andersen, Wiebke/Berg, Christian: Ein ewiger Thomas-Kreislauf? Wie deutsche Börsenunternehmen ihre Vorstände rekrutieren, Berlin 2017.

62 Ankersen, Wiebke u. a.: Krisenlähmung. Stillstand beim Frauenanteil in den Vorständen, Berlin 2025.

63 Statistisches Bundesamt: Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben, www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-1/teilhabe-frauen-erwerbsleben.html

64 Statistisches Bundesamt: Arbeit. Verdienste. Gender Pay Gap, 16.12.2025, www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-GenderPayGap/_inhalt.html#:~:text=16.,in%20Westdeutschland%20dagegen%20bei%2017%20%25

65 Chmel, Claudia/Zielinski, Lukas: Armut – eine Frage des Geschlechts?, hrsg. von der Bundesstiftung Gleichstellung, Berlin 2025, www.bundesstiftung-gleichstellung.de/wissen/themenfelder/armut-eine-frage-des-geschlechts

66 Hipp, Lena: Rabenmütter, tolle Väter. Frauen schaden kurze und lange Elternzeiten bei ihrer Karriere – Männern nicht, in: WZB Mitteilungen 161, 2018, https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2018/f-21481.pdf

67 Lukoschat, Helga/Köcher, Renate: Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien, hrsg. von EAF Berlin. Diversity in Leadership, Berlin 2021, www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf

68 Beispiele für Initiativen, die gegen Sexismus in den eigenen Reihen vorgehen, sind https://gender-macht-wissenschaft.de/ oder https://msfcberlin.com/diagnose-sexismus

69 Mitschrift der Regierungspressekonferenz vom 23. Mai 2025, www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungspressekonferenz-vom-23-mai-2025-2349964

70 Merz gegen Geschlechterparität im Kabinett, Tagesschau Online, 16.10.2024, www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-cdu-frauen-100.html

71 Burghard, Claudia: Missbrauch in der Antifa, taz, 15.12.2024, www.taz.de/Missbrauch-in-der-Antifa/!6054037

72 Schlosser, Patrizia/Schiffermüller, Dietmar: Spannervideos – die Suche nach den Tätern, NDR Panorama, 4.2.2020, www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_die_reporter/Spannervideos-die-Suche-nach-den-Taetern,sendung995916.html

Impressum
luxemburg argumente Nr. 29
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Armin Kuhn
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Dezember 2025
Autorin: Anna Schiff
Redaktion: Barbara Fried, Ulrike Hempel und Armin Kuhn
Illustrationen: Jana Kreisl
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN

Gian Mecheril
JENSEITS DER AUFREGUNG
Mythen und Fakten zu Flucht und Migration
luxemburg argumente Nr. 28
Juni 2025
44 Seiten
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/53486

Andrej Holm
SCHÖNER DECKELN!
Mythen und Fakten zum bundesweiten Mietendeckel
luxemburg argumente Nr. 27
Dezember 2024
48 Seiten
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/52966

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG